



GEMEINSAM FÜR ZUSAMMENHALT UND FORTSCHRITT

Koalitionsvertrag
2026-2030

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL	1
FINANZEN	2
Haushaltssteuerung und Transparenz	2
Konsolidierung mit Augenmaß	3
Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Konsolidierungsinstrument	3
Städtische Beteiligungen und wirtschaftliche Steuerung	3
Investitionen, Bauprogramm und Kostensteuerung	4
Einnahmenpolitik mit Verantwortung	4
MOBILITÄT	6
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	6
Radverkehr	7
Fußverkehr	9
Autoverkehr	9
Digitale Mobilität	11
SCHULE UND HOCHSCHULE	12
Schulentwicklung	12
Offene Ganztagsschule und Grundschulen	13
Weiterführende Schulen	13
Weiterentwicklung des Lernorts Schule	14
Unterstützende Angebote zur Chancengleichheit in der Schule	14
Politische Bildung	15
Hochschulen und Wissenschaft	15
KINDER UND JUGENDLICHE	16
Kinderschutz	16
Kinderbetreuung	16
Spielplätze	17
Kinder- und Jugendarbeit	17
Kinder- und Jugendbeteiligung	18
SICHERHEIT, ORDNUNG UND SAUBERKEIT	19
Ordnungsamt, Stadtwache und Ordnungspartnerschaft	19
Sicherheit und soziale Hilfe im Bahnhofsumfeld	19
Videoüberwachung und Waffenverbotszonen	20
Schutz, Prävention und Beleuchtung	20
Jugendkriminalität und -prävention	20

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Feuerwehr und Rettungsdienst	21
Sauberkeit und Stadtreinigung	21
STADTENTWICKLUNG	22
Entwicklung der Innenstadt	22
Stadtteile, Quartiere und Baukultur	22
Konversionsflächen	23
BEZAHLBARES WOHNEN	24
Wohnraum schaffen	24
Mieterschutz und Aufsicht	25
SOZIALES	26
Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit der Trägerlandschaft	26
Integration	26
Inklusion	27
Drogen- und Suchtpolitik	27
Wohnungslosigkeit	27
Teilhabe	28
Häusliche Gewalt	28
GESUNDHEIT	30
Ärztliche Versorgung	30
Gesundheitseinrichtungen	30
Pflege	31
Gesundheitsprävention und Gesundheitsamt	31
WIRTSCHAFT UND ARBEIT	32
Wirtschaftsförderung	32
Gewerbeflächen und Standortentwicklung	33
Wissenschafts- und Innovationsstandort Bielefeld	34
Abbau bürokratischer Hürden	34
Ausbildung und Fachkräftesicherung	34
DIGITALISIERUNG, VERWALTUNGSMODERNISIERUNG UND SMART CITY	36
Smart City	36
Verwaltungsdigitalisierung	37
Digitale Infrastruktur und Cybersicherheit	38
KULTURPOLITIK	39
Bühnen und Orchester	39

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Kunsthalle und Museen	39
Kultur für Alle	40
Bielefelder Kulturszene	40
SPORT UND EHRENAMT	41
Mietverträge und Sportstättenvergabe	41
Bielefeld in Bewegung	41
Schwimmen	42
Ehrenamtskoordination und Ehrenamtskarte	42
UMWELT, KLIMA UND RESSOURCEN	43
Klimaschutz und -anpassung	43
Energie und Gebäude	43
Naturschutz	44
Tierpark Olderdissen	45

Präambel

Liebe Bielefelderinnen und Bielefelder,

CDU und SPD übernehmen gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt. Wir wollen Bielefeld in den kommenden Jahren verlässlich, konstruktiv und mit klarem Blick für Fortschritt gestalten. Dieser Koalitionsvertrag ist die Grundlage dafür. Er steht für eine Zusammenarbeit, die auf Respekt, Vertrauen und dem Anspruch beruht, Entscheidungen nachvollziehbar zu treffen und zügig umzusetzen. Auch wenn wir in der Vergangenheit unterschiedliche Rollen hatten, blicken wir nun mit gemeinsamen Zielen in die Zukunft.

Bielefeld ist eine lebenswerte, moderne und vielfältige Stadt. Der Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft ist eine Stärke, auf die wir bauen. Zugleich stehen wir vor Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern: eine wachsende Stadt und ein angespannter Wohnungsmarkt, hohe Erwartungen an Bildung, Betreuung und Integration, wirtschaftliche Unsicherheiten, der Bedarf an leistungsfähige Mobilität und der Wunsch nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, Klimaanpassung sowie die Aufgabe, kommunale Finanzen dauerhaft solide und generationengerecht aufzustellen.

Vor diesem Hintergrund haben wir ein Programm mit ambitionierten, aber erreichbaren Zielen vereinbart. Wir wollen, dass Infrastruktur zuverlässig funktioniert und Investitionen in Kitas, Schulen und Stadtteile planbar vorankommen. Wir stärken Bielefeld als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, sichern Arbeitsplätze sowie soziale Angebote und fördern Innovation, damit unsere Stadt auch künftig Perspektiven bietet. Gleichzeitig verbinden wir ökologische Verantwortung mit sozialer und wirtschaftlicher Vernunft und richten unser Handeln darauf aus, Bielefeld zukunfts- und widerstandsfähig zu halten.

Eine der wohl größten Herausforderungen, der wir uns annehmen, ist die finanzielle Lage der Stadt. Hier werden wir eine gesunde Balance zwischen Einsparungen vordringlich in der Stadtverwaltung, neue Impulse für ein wirtschaftliches Wachstum und notwendigen Investitionen finden.

Mit diesem Koalitionsvertrag setzen CDU und SPD einen klaren Rahmen für die kommenden Jahre: für Zusammenhalt und Fortschritt.



Dr. Christiana Bauer, CDU



Markus Kollmeier, SPD



Steve Kuhlmann, CDU-Fraktion



Prof. Dr. Riza Öztürk, SPD-Fraktion

Finanzen

Bielefeld steht zu Beginn dieser Ratsperiode vor einer angespannten Haushaltslage. Bis 2029 drohen im städtischen Haushalt dreistellige Millionendefizite und auch die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfordert entschiedenes Handeln. CDU und SPD eint der Anspruch, eine Haushaltssicherung zu vermeiden, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten, die Angebote in unserer Stadt zu sichern und die politische Gestaltungshoheit des Rates zu bewahren.

Hierfür werden Politik, Verwaltung, Beteiligungen und Gesellschaft Hand in Hand arbeiten müssen. Wir verbinden Konsolidierung mit einer Politik, die Bielefeld dennoch weiterentwickelt, notwendige Investitionen absichert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Einsparungen sollen vorrangig in der Verwaltung realisiert werden. Etwaige Mehreinnahmen sollen insbesondere dort erschlossen werden, wo sie sachgerecht sind, den Wirtschaftsstandort Bielefeld nicht schwächen und die Bürgerinnen und Bürger nicht belasten. Die städtischen Beteiligungen werden im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten den Haushalt weiter unterstützen müssen.

Die Aufstellung des Haushalts soll insgesamt nachvollziehbarer werden und politische Entscheidungen auf einer belastbaren finanziellen Bestandsaufnahme beruhen.

Haushaltssteuerung und Transparenz

Wir nehmen die prognostizierten Defizite und die Unwägbarkeiten der kommenden Jahre ernst. Haushaltssteuerung bedeutet für uns, Unsicherheiten früh zu benennen, finanzielle Risiken zu bewerten und rechtzeitig gegenzusteuern. Wir stärken deshalb das Risikomanagement in der Haushaltaufstellung und sorgen dafür, dass politische Entscheidungen nicht nur die kurzfristige Wirkung, sondern auch langfristige Folgekosten berücksichtigen.

Es ist entscheidend, dass die Aufstellung der jährlichen Haushalte auf Basis einer Haushaltsstrategie erfolgt und nicht nur Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite betrachtet werden. Die bestehenden Haushaltspositionen sind in den Blick zu nehmen und zu priorisieren. Die Betrachtung der Einmal- und der Folgekosten müssen zeitgleich im laufenden Politikbetrieb, in Beschlussvorlagen wie in Anträgen, in den Vordergrund rücken.

Wir verbessern die Transparenz des Haushalts für die Bürgerinnen und Bürger durch eine klarere Darstellung zentraler Budgets, leicht verständlichen Erläuterungen zu wesentlichen Veränderungen und eine bessere Nachvollziehbarkeit von Konsolidierungsbeiträgen. Hierzu soll die Verwaltung beauftragt werden, die Haushaltskommunikation so weiterzuentwickeln, dass sie ohne Spezialwissen verständlich ist und den Blick auf die tatsächlichen Gestaltungsspielräume ermöglicht.

Konsolidierung mit Augenmaß

Wir verfolgen eine Konsolidierung, die strukturell wirkt und nicht kurzfristig zu Lasten der Funktionsfähigkeit der Stadt geht. Der Schwerpunkt liegt auf einer aufgabenkritischen Betrachtung, die Doppelstrukturen identifiziert, Zuständigkeiten definiert und Prozesse so verändert, dass Aufgaben trotz knapper personeller Ressourcen bestmöglich bewältigt werden können. Dabei geht es ausdrücklich nicht um pauschalen Stellenabbau, sondern um eine realistische Ausrichtung von Aufgaben, Standards und Abläufen an der Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Die physische und psychische Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat für uns eine hohe Priorität.

Darüber hinaus nutzen wir die Aufgabenkritik, um Standards anzupassen, Berichtspflichten zu verschlanken und interne Schnittstellen zu optimieren. Gleichzeitig wird die Verwaltung angehalten, Vorschriften und kommunale Regelungen daraufhin zu prüfen, ob sie unnötige Bürokratie erzeugen oder unverhältnismäßige Kosten für die Beteiligten auslösen. Wo rechtlich möglich, sollen Verfahren vereinfacht und praktikabler ausgestaltet werden.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Konsolidierungsinstrument

Wir verstehen die Digitalisierung als Mittel, um Verwaltungsarbeit wirksamer zu organisieren und der Belastung durch den Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Digitale Prozesse sollen Arbeitsschritte reduzieren, Bearbeitungszeiten verkürzen und eine messbare Entlastung bieten. Die reine Frontend-Digitalisierung, ohne Mehrwert für die verwaltungsseitigen Abläufe, entspricht nicht unserem Anspruch.

Die Potenziale der Künstlichen Intelligenz sollen darüber hinaus in der Stadtverwaltung gezielt genutzt werden, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Routinetätigkeiten zu entlasten und die Qualität von Serviceprozessen zu erhöhen. Der Einsatz erfolgt verantwortungsvoll, rechtskonform und mit klaren Zuständigkeiten, sodass Transparenz, Datenschutz und Nachvollziehbarkeit gewährleistet bleiben. Zur Umsetzung schaffen wir ein Budget und starten innerhalb der Verwaltung einen Ideenwettbewerb, um die besten KI-Anwendungen und digitalen Prozesse zu identifizieren, mit denen wir am schnellsten einen Mehrwert schaffen.

Städtische Beteiligungen und wirtschaftliche Steuerung

Der Bedeutung der städtischen Beteiligungen für die Daseinsvorsorge sind wir uns bewusst. Aus diesem Grund wird der wirtschaftlichen Stabilität, der Ertragslage der Unternehmen und ihrer Investitionsfähigkeit eine große Bedeutung beigemessen.

Als Teil der Verantwortungsgemeinschaft erwarten wir von den Beteiligungen aber auch, dass diese stärker und verlässlicher zur Stabilisierung des Bielefelder Haushalts beitragen. Dies gilt auf der Ertrags- und auf der Aufwandsseite gleichermaßen. Dabei

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Risikoabsicherung der Unternehmen berücksichtigt. Berichtswesen und Zielvereinbarungen sollen so weiterentwickelt werden, dass eine stärkere Verzahnung der Beteiligungen mit dem städtischen Haushalt möglich wird.

Investitionen, Bauprogramm und Kostensteuerung

Das städtische Bauprogramm wird systematisch und kontinuierlich auf Potenziale zur Kostenreduzierung geprüft. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund sich verändernder Bedarfe. Wir verbessern die Kostensteuerung über alle Phasen hinweg, von der Planung bis zur Ausführung, und stärken die frühzeitige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Standards und Ausstattungsniveaus sollen so definiert werden, dass sie funktional und finanziert sind.

Wir nutzen geeignete Bau- und Beschaffungsansätze, um Projekte effizienter umzusetzen. Dazu gehört insbesondere, dass wir die Chancen der Systembauweise bei städtischen Bauvorhaben berücksichtigen. Fördermittel sollen vorrangig für bereits geplante Maßnahmen eingesetzt werden, damit Kostensteigerungen abgedeckt und zusätzliche Belastungen des Haushalts vermieden werden. Neue Projekte stoßen wir nur dort an, wo die Folgekosten dauerhaft tragbar sind.

Einnahmenpolitik mit Verantwortung

Neben Konsolidierung setzen wir auch auf sachgerechte Mehreinnahmen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Dabei folgen wir dem Grundsatz, Belastungen transparent zu begründen und so auszustalten, dass sie die wirtschaftliche Entwicklung nicht hindern und die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr belasten.

Zur Stärkung der Kultur- und Veranstaltungsbranche wird die Vergnügungs- und Tanzsteuer abgeschafft. Damit setzen wir ein klares Signal für eine lebendige Innenstadt, kulturelle Vielfalt und die Bedeutung einer funktionierenden Veranstaltungswirtschaft. Ergänzend prüfen wir Entlastungen bei Sondernutzungsgebühren, insbesondere dort, wo sie die Gastronomie, Vereine, Wochenmärkte und Veranstaltungen in den Bezirken betreffen.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B oder der Gewerbesteuer wird nicht geplant und muss das letzte Mittel zur Abwendung einer kurz bevorstehenden Haushaltssicherung sein.

Wir nehmen die angespannte Haushaltslage ernst und setzen auf eine Finanzpolitik, die die Haushaltssicherung vermeidet und zugleich Gestaltungsspielräume für die Zukunft unserer Stadt offenhält. Grundlage ist eine neue Haushaltssstrategie mit klaren Prioritäten und mehr Transparenz für Rat und Öffentlichkeit. So werden Entscheidungen nachvollziehbarer, Risiken früher sichtbar und Spielräume realistisch eingeschätzt.

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Konsolidierung beginnt in der Verwaltung: Aufgabekritik, vereinfachte Verfahren sowie Digitalisierung und KI sollen Abläufe verschlanken und Ressourcen zielgerichtet einsetzen, ohne Leistungen für Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Gleichzeitig werden städtische Beteiligungen stärker in die Verantwortung genommen und das Bauprogramm auf Einsparpotenziale geprüft. Auf der Einnahmeseite verbinden wir Entlastung und Stabilisierung für eine starke Wirtschaft mit sinnvollen Abgaben. So sichern wir Handlungsfähigkeit, Investitionen und eine prosperierende Entwicklung Bielefelds.

Mobilität

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt in Bielefeld. Mit diesem Koalitionsvertrag beginnt für Bielefeld eine neue Phase der gemeinsamen Gestaltung. Wir wollen Mobilität zukunftsorientiert und mit dem Blick auf das, was unsere Stadt heute und morgen braucht, umsetzen.

Eine verlässliche, sichere und bezahlbare Mobilität muss für alle Menschen in der Stadt gewährleistet sein. Unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn oder mit dem Auto unterwegs sind. Ziel ist ein leistungsfähiges Verkehrssystem, das die unterschiedlichen Verkehrsarten sinnvoll miteinander verknüpft, Ausweichverkehre vermeidet und die Stadtteile ebenso im Blick behält wie die Innenstadt.

Wir verfolgen eine Mobilitätspolitik, die Sicherheit, Erreichbarkeit, Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit und Klimaschutz miteinander verbindet. Die vom Rat beschlossene Mobilitätsstrategie werden wir überarbeiten und flexibler gestalten. Mobilitätspolitik in Bielefeld soll verlässlich für alle Verkehrsarten funktionieren, Konflikte transparent benennen und tragfähige Lösungen für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Ein Fokus unserer Mobilitätspolitik sind die Wohnquartiere, denn wir wollen die Menschen erreichen, wo sie wohnen. Wir wollen einen Quartiersansatz nutzen, mit dem wir attraktive Wohnstraßen gestalten, den Durchgangsverkehr auf die Hauptstraßen lenken und die Straßenschäden auch abseits der großen Hauptverkehrsstraßen ausbessern. Das wollen wir damit verbinden, dass wir in den Quartieren mehr Serviceparken für Pflege- und Lieferdienste ausweisen und neue Mobilitätsangebote entsprechend des Mobilstationskonzepts ausweiten. Weil viele Menschen auf das Auto angewiesen sind, werden wir darauf achten, dass weiterhin geparkt werden kann.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir sichern eine tragfähige Finanzierungsgrundlage für moBiel, mit dem Ziel, das bestehende Verkehrsangebot auf dem heutigen Niveau zu erhalten und setzen auf Optimierung, sowie eine bessere Anbindung der Außenbezirke. Der aktuelle Nahverkehrsplan wird evaluiert und die Fortschreibung bei Bedarf angepasst. Das Bielefeld-Pass-Ticket bleibt Bestandteil des bezahlbaren Mobilitätsangebots der Stadt.

Sicherheit und Aufenthaltsqualität werden als Querschnittsaufgabe verstanden, insbesondere an Haltestellen und deren Umfeld, etwa durch gute Beleuchtung und Sauberkeit.

Wir wollen die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Buslinien verbessern. Den Einsatz von Busspuren an neuralgischen Punkten prüfen wir unter der Prämisse der Leistungsfähigkeit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

On-Demand-Angebote wie „meinAnton“ werden wir als Ergänzung stärken, wo sie Lücken schließen und den klassischen Linienverkehr sinnvoll unterstützen. Das

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Konzept der Mobilitätsstationen, u.a. am Brackweder Bahnhof, werden wir als Teil integrierter Stadtentwicklung vorantreiben und in die Umsetzung bringen.

Die Digitalisierung des ÖPNV wird konsequenter umgesetzt, mit dem Ziel, Mobilitätsangebote nutzerfreundlich zu bündeln und den Zugang zu Bus und Bahn zu erleichtern, sowie transparente Informationen über Verspätungen und Alternativen zu bieten.

Der Ausbau der Stadtbahn bleibt Ziel der Stadt. Die Weiterentwicklung der Linie 1 in Richtung Sennestadt wird mit dem Ziel des Abschlusses des Planfeststellungsverfahrens vorangetrieben. Das Ergebnis des laufenden Wirtschaftlichkeitsgutachtens zum Standort der Endhaltestelle wird von beiden Seiten akzeptiert. Wenn der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens in dieser Wahlperiode liegt, werden wir die Verlängerung der Stadtbahn umsetzen. Die Planungen für die Streckenverläufe der Linien nach Jöllenbeck und Hillegossen/Ubbedissen werden weiterverfolgt. Die Verlängerung der Linie 4 bis zur Dürerstraße setzen wir um. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen wird so schnell wie möglich umgesetzt.

Den Ausbau des S-Bahn-Netzes OWL werden wir weiterhin unterstützen. Übergangsweise setzen wir uns beim VVOOWL für weitere attraktive Schnellbuslinien ein. Der Bau einer ICE-Schnellfahrstrecke von Bielefeld nach Hannover ist im Interesse Bielefelds. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, das Projekt weiter voranzubringen und wollen dabei die Eingriffe in den Bereich der Johannisbachaue möglichst gering halten. Der Hauptbahnhof wird als zentraler Mobilitätsknoten weiterentwickelt. Dies beinhaltet auch einen attraktiven Fernbusbahnhof sowie sichere Radabstellanlagen. Das Vorhaben der Deutschen Bahn, den Hauptbahnhof zu erweitern begleiten wir positiv.

Radverkehr

Der Radverkehr wird als fester Bestandteil der Alltags- und Freizeitmobilität weiterentwickelt. Das Radverkehrskonzept inklusive des Zielnetzes wird als konzeptioneller Rahmen evaluiert und punktuell überarbeitet. Wo die Straßenraumbreiten nicht ausreichen, werden wir parallele alltagstaugliche Alternativrouten prüfen, um eine beschleunigte Umsetzung zu ermöglichen. Um sichere Verbindungen in alle Stadtteile zu gewährleisten, liegt der Fokus auf Sanierung, Verbesserung, Betrieb und Instandhaltung bestehender Radinfrastruktur sowie auf Maßnahmen des Lückenschlusses.

Wenn nötig weichen wir zur beschleunigten Realisierung einer verbesserten Radverkehrsführung von den Standards ab.

Wir binden den Radentscheid sowie andere mit Mobilität befasste Organisationen der Stadtgesellschaft im Rahmen der Bielefelder Mobilitätskonferenz proaktiv in die Planungen mit ein. Einen weiteren Vertrag mit dem Radentscheid lehnen wir ab.

Wir halten an der Errichtung des Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof fest und wollen eine sichere Zuwegung dazu sicherstellen. An öffentlichen Einrichtungen,

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Stadtteilzentren und in der Innenstadt werden wir die Anzahl der Fahrradabstellanlagen erhöhen. Bike-Sharing-Angebote werden auch in den Außenbezirken verbessert.

Wir setzen uns für eine bessere Zusammenarbeit der städtischen Stellen ein, sodass Radverkehrsverbindungen in Grünzügen alltagstauglich gestaltet und angemessen gereinigt werden können.

Wir brauchen eine hochwertige und direkte Radverkehrsroute zwischen der Innenstadt und dem Campus. In Verbindung mit wesentlichen Elementen des Quartierskonzepts Bielefelder Westen wollen wir diese Route entwickeln. Das Thema Parken werden wir u.a. durch das Quartiersparkhaus an der Alm lösen.

Eine sichere Fahrradroute im Johannistal für Familien in Richtung Olderdissen ist uns wichtig. Wir wollen die Anwohnerinnen und Anwohner sowie Anliegerinnen und Anlieger entlang der Strecke nicht aus dem Blick verlieren und werden deshalb erneut mit ihnen in einer Bürgerbeteiligung ins Gespräch kommen, um die Ausgestaltung der Radroute endgültig festzulegen.

Die Kreuzstraße ist eine der wichtigsten Hauptverkehrsstraßen Bielefelds. Sie wird vierspurig bleiben. Wir werden die Stadtbahn für den Vamos ausbauen und die Netz-lücke im Radverkehr schließen. Die Radverkehrsführung durch den südlichen Teil der Altstadt wird im Gesamtkontext geprüft.

Der Adenauerplatz und die Artur-Ladebeck-Straße sind gemeinsam mit dem Stadtbezirk Gadderbaum Teil eines verkehrlich sensiblen Raums. Wir wollen die Verkehrsentwicklung in diesem Bereich ganzheitlich und ergebnisoffen betrachten und dabei alle Verkehrsarten berücksichtigen.

Hierbei streben wir eine Neuplanung des Adenauerplatzes und der angrenzenden Straßen an. Gleichzeitig planen wir an der Gadderbaumer Straße eine attraktive Radverbindung. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bewertungen der bestehenden Bike-Lane prüfen wir auf Basis belastbarer Daten verschiedene Optionen der künftigen Verkehrsführung.

Das Quartierskonzept zum 5. Kanton werden wir umsetzen und dabei insbesondere die Radverkehrsverbindung auf der Feldstraße stärken. Außerdem werden wir alternativ zur Heeper Straße prüfen, wie die Verbindung in Richtung Heepen für den Radverkehr geführt werden kann und werden dafür auch die Lutter-Grünzüge mit in den Betrachtungsraum nehmen. Eine direkte Führung des Radverkehrs in Richtung Heepen und in das Quartier ist für uns ein wichtiges Ziel.

Für den Radschnellweg OWL von Rheda-Wiedenbrück bis Minden wurde eine Machbarkeitsuntersuchung beschlossen, zu der wir uns im Grundsatz bekennen. Wir wollen eine hochwertige Radverkehrsverbindung insbesondere in unsere Nachbarstädte Herford und Gütersloh schaffen und werden damit beginnen, die Verbindung in Richtung Herford zu planen. Dies werden wir mit dem drei- bzw. vierspurigen Ausbau der Herforder Straße im Anschluss an die L712n verbinden. Je näher man in Richtung der

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Innenstadt kommt, umso mehr sinkt das Verkehrsaufkommen auf der Herforder Straße. Wir wollen deshalb prüfen, wie wir dies für eine Planung unter Berücksichtigung der Schulwegsicherheit am neu entstehenden Campus nutzen können, die sowohl dem Radverkehr als auch dem Autoverkehr gerecht wird. Dafür wollen wir auch prüfen, wie die Eckendorfer Straße leistungsfähiger gestaltet werden und damit mehr Autoverkehr aufnehmen kann.

Wir werden die Umgestaltung der Jöllenbecker Straße zur Nutzung der neuen Vamos-Bahnen weiter im Dialog mit den Anliegerinnen und Anliegern zeitnah vorantreiben und auch im südlichen Verlauf der Jöllenbecker Straße in Richtung Innenstadt für eine sichere Radverkehrsverbindung sorgen, während die Straße für den Autoverkehr weiter eine wichtige Nord-Süd-Verbindung darstellt.

Das Projekt Veloroute entlang der ehemaligen B68 werden wir weiter vorantreiben. Unser Fokus liegt dabei auf der Verkehrssicherheit im Bereich Quelle.

Fußverkehr

Der Fußverkehr wird als eigenständige Verkehrsform gestärkt. Barrierefreie, sichere und durchgängig nutzbare Gehwege sind Ziel der Stadtentwicklung. Wir wollen das Gehwegparken durch kluge Lösungen reduzieren, um Gehwege für Familien und mobilitätseingeschränkte Personen freizuhalten. Geeignete Abstellflächen für E-Scooter und E-Bikes werden geschaffen, um Gehwege freizuhalten und Ordnung im öffentlichen Raum zu verbessern.

Wir wollen fußgängerfreundliche Quartiere. Ein einfaches Mittel, um dieses zu erreichen, ist es vermehrt auf Zebrastreifen zu setzen und in den Kreuzungsbereichen vor gezogene Bordsteine (Gehwegnasen) anzuordnen. Wir wollen Engstellen an Gehwegen, insbesondere an Alltagszielen wie Supermärkten und Bildungseinrichtungen, angehen. Bestehende Angsträume wollen wir Stück für Stück umgestalten und setzen dabei u.a. auf ansprechende Beleuchtungskonzepte und Sicherheit durch soziale Kontrolle.

Wir werden den Klosterplatz auf Grundlage des beschlossenen Konzepts aufwerten und schrittweise das Konzept zum Altstadt.Raum umsetzen, um die Altstadt insgesamt attraktiver zu gestalten. Um auch darüber hinaus die Bedeutung des Fußverkehrs in der Innenstadt zu stärken, werden wir u.a. den Emil-Gross-Platz verkehrsberuhigen.

Autoverkehr

Wir werden das digitale Verkehrsleitsystem im Sinne einer Stärkung des Smart-City-Ansatzes zügig vorantreiben, um Verkehrsströme besser zu lenken und Staus sowie Baustellenfolgen zu reduzieren. Das Baustellenmanagement wird professionalisiert, Bauzeiten werden optimiert und das Baustellenprogramm überarbeitet, damit Mobilität nicht durch Einzelmaßnahmen unnötig beeinträchtigt wird. Gleichzeitig ist für

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

uns klar, dass die Weiterentwicklung unserer Infrastruktur (Wärme, Breitband, Strom, Kanäle, Rad- und Fußwege) nicht ohne Baustellen möglich ist.

Unser Ziel ist es, dass der Autoverkehr auf der mittellangen bis langen Strecke auf die Hauptverkehrsstraßen gelenkt wird. Ausweichverkehre sollen aus Wohnquartieren herausgehalten werden, indem Verkehrslenkung und Straßenraumgestaltung die Leistungsfähigkeit der Hauptachsen sichern und zugleich die Belastung in den Wohngebieten reduzieren. Um klar zu definieren, welche Straßen wir als Hauptverkehrsstraßen begreifen und wo der Autoverkehr deshalb eine besonders hohe Bedeutung hat, werden wir gemeinsam mit den relevanten Akteuren ein Vorbehaltungsnetz für den Kfz-Verkehr unter Berücksichtigung des Wirtschafts- und Logistikverkehrs erarbeiten.

Die Ortsumgehung Ummeln sowie Milse unterstützen wir. Ein darüber hinaus gehender Ausbau der B 61 Richtung Gütersloh wird jedoch abgelehnt. Den Bau der Ortsumgehung Ummeln werden wir für ein den Umweltverbund stärkendes Konzept der Ortsdurchfahrt Ummeln und der Radwegeverbindung nach Gütersloh nutzen.

Die Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung werden genutzt, um die Verkehrssicherheit insbesondere im Umfeld von Orten mit besonderem Schutzbedarf weiter zu erhöhen. In diesem Zusammenhang prüfen wir u.a. eine Ausweitung von Tempo-30-Regelungen sowie von Schulstraßen.

Die Preise für das Anwohnerparken wollen wir stabil und damit sozial verträglich halten. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, dass das Parken in den Parkhäusern attraktiver ist als das Suchen eines Parkplatzes im öffentlichen Straßenraum. Zugleich überprüfen wir den Zuschnitt der Parkzonen.

Quartiersparkhäuser, insbesondere das Pilotprojekt Almparkhaus, sollen in die Umsetzung gebracht werden. Park-and-Ride-Angebote werden wir in zwei Modellprojekten weiterentwickeln. Die ausstehenden Konzepte zum Ausbau des Carsharings, der Elektromobilität und der Mobilitätsstationen werden mit Nachdruck in die Umsetzung gebracht. Mit Feierabendparken auf Supermarktparkplätzen und Initiativen zur Vermittlung privater Parkplätze wollen wir aber auch darauf hinwirken, dass das Parkraumangebot abseits des öffentlichen Straßenraums stärker dafür genutzt wird.

Die Zuständigkeiten für den Betrieb von Quartiersgaragen, Mobilstationen und Park-and-Ride-Plätzen, sowie die Verantwortung für das Anbahnen von Kooperationen für das Feierabend-Parken werden gebündelt. Wir prüfen deshalb auch die Gründung einer städtischen Betreibergesellschaft.

Den Parkraum werden wir so gestalten, dass diejenigen, die nicht in Parkhäuser ausweichen oder keine langen Wege zurücklegen können, bevorzugt werden. Dazu werden wir das Service- und Wirtschaftsparken, etwa für Pflege, Handwerk und Lieferverkehre, quartiersscharf ausweiten und Parkraum explizit für Anwohnerinnen und Anwohner ausweisen.

Digitale Mobilität

Ein zentraler Bestandteil einer Smart City Mobilität sind die Mobilitätsstationen, die in allen Stadtteilen konsequent eingerichtet werden und ein Verkehrsmanagement, das als ein integriertes System betrachtet wird. Dieses System beinhaltet die Echtzeitverkehrsinformationen, die den Bürgerinnen und Bürgern helfen, ihre Routen in Echtzeit anzupassen, um Staus und Verzögerungen zu vermeiden. Zudem wird Smart Parking implementiert, um die Parkplatzsuche zu erleichtern und den Verkehrsfluss zu optimieren. Die intelligente Verkehrssteuerung lenkt den Verkehr effizient und reduziert Staus in der Stadt. Die Barrierefreiheit steht im Mittelpunkt, sowohl physisch als auch digital. Mit effektiven (Push-)Nachrichten werden die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Verkehrs- und Mobilitätsnachrichten informiert.

Schule und Hochschule

Bielefeld ist eine Bildungsstadt mit einem vielfältigen und leistungsfähigen schulischen Angebot. Dieses Potenzial werden wir gemeinsam sichern und konsequent weiterentwickeln. Gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen: Der Schulentwicklungsplan der Stadt zeigt, dass die bestehende Schullandschaft an ihre Grenzen stößt und in ihrer jetzigen Gestaltung nicht ausreichend auf die Anforderungen der kommenden Jahre vorbereitet ist. In vielen Schulformen besteht ein wachsender Bedarf an zusätzlichen Schulplätzen. Die Schulpolitik verstehen wir als zentrales Zukunftsfeld kommunalen Handelns. Unser gemeinsamer Anspruch ist eine vorausschauende, strategisch ausgerichtete und verlässliche Schulpolitik, die die Bildungsgerechtigkeit stärkt und individuelle Bildungswege ermöglicht. Ersatzschulträger sind ein anerkannter Bestandteil der Bildungslandschaft in Bielefeld.

Wir werden bestehende Strukturen weiterentwickeln und voranbringen, neue aussichtsreiche Lösungen schaffen und dabei alle Schulformen gleichermaßen stärken – sachlich, bedarfsorientiert und frei von ideologischen Vorfestlegungen.

Im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Wirkens und Handelns stehen die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien. Wir wollen den Elternwillen und den Schülerwillen wieder konsequent berücksichtigen. Dabei ist es unser gemeinsames Ziel, jedem Kind in Bielefeld den Zugang zu der Schulform zu ermöglichen, die seinen Fähigkeiten, Begabungen und individuellen Entwicklungs wegen am besten entspricht. So schaffen wir eine starke, zukunftsfähige und gerechte Bildungslandschaft für unsere Stadt.

Ganzheitliche Bildung endet nicht am Schultor. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit und enge Verzahnung von Schulen, Sportvereinen und Kultureinrichtungen systematisch stärken. Ziel ist es, allen Schülerinnen und Schülern, insbesondere denen, die bisher wenig Berührungspunkte hatten, einen niedrigschwlligen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten zu ermöglichen und so neue Erfahrungen, Teilhabe und Interessen zu fördern. Wir werden Vorkehrungen zum Hitzeschutz sowie zur Begrünung von Schulhöfen systematisch vorantreiben, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern und dauerhaft angemessene Lern- und Aufenthaltsbedingungen zu sichern. Die Mehrklassenbildung zur Abdeckung von Spitzenlasten wird im Ausnahmefall im Einklang mit der Schulverwaltung jährlich geprüft. Über die Einrichtung wird im Trialog mit den Schulleitungen, der Verwaltung und der Politik entschieden.

Schulentwicklung

Wir sind uns sicher, dass die Schulentwicklungsplanung das strategische Fundament einer zukunfts festen Bildungslandschaft bildet und Ausgangspunkt aller weiteren schulischen Entscheidungen ist. Im gemeinsamen Konsens schreiben wir den Schulentwicklungsplan im zweijährigen Turnus fort und bekennen uns klar und verlässlich zu den bestehenden Schulstandorten.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und den schulrechtlichen Möglichkeiten wird die Gründung einer Sekundarschule nicht möglich sein; auch darum entfällt die

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Notwendigkeit für die Errichtung eines Bielefelder Beratungs- und Unterstützungs-zentrum (BIBUZ) am Schulcampus Herforder Straße. Die beschlossene Elternbefra-gung wird für nicht notwendig erachtet.

Das Bielefelder Raumprogramm findet für Bielefelder Schulbaumaßnahmen Anwen-dung. Abweichungen sind möglich, wenn der Planungsprozess zeigt, dass diese den Bauprozess deutlich beschleunigen, Kosten im großen Maße senken oder die bauli-chen Gegebenheiten eine Anwendung nicht oder nur unter erheblichem Mehrauf-wand zulassen. Dies gilt es individuell zu prüfen und durch die Politik zu entscheiden.

Offene Ganztagschule und Grundschulen

Wir werden die Einkommensstufen der Beitragstabelle der Offenen Ganztagschulen (OGS) gezielt überprüfen und weiterentwickeln, um eine faire, transparente und be-darfsgerechte Beitragsstruktur für alle Familien sicherzustellen.

Wir wollen das gemeinsame Lernen an Bielefelder Grundschulen konsequent und mit Perspektive weiterentwickeln und erweitern. Wir wissen, dass die Voraussetzung hierfür der gezielte Ausbau bestehender personeller Ressourcen ist, insbesondere dadurch, dass zusätzliche Lehrkräfte mit sonderpädagogischer (Zusatz-) Qualifikation eingestellt werden müssen, deren Gewinnung eine zentrale, aber notwendige Her-ausforderung darstellt.

Das Thema Schulstraßen werden wir weiterhin im Erprobungsmodus begleiten. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse aus der Evaluation werden wir zusätzliche Bedarfe gezielt prüfen und bei Erfordernis passgenaue Maßnahmen umsetzen.

Weiterführende Schulen

Hauptschulen

Wir wissen um die Bedeutung der Hauptschulen und werden die Verwaltung beauf-tragen, die Einrichtung von Hauptschulen mit praxisbezogenem Profil in Kooperation mit Bielefelder Unternehmen zu prüfen.

Realschulen

Wir werden die hohe Bedeutung der Realschulen für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern ausdrücklich berücksichtigen. Um Bildungsabbrüchen und Abschulungen wirksam entgegenzuwirken, beauftragen wir die Verwaltung, in enger Abstimmung mit den betroffenen Schulen und der Bezirksregierung die Einrichtung von Haupt-schulbildungsgängen an Realschulen zu prüfen.

Gymnasien

Wir bekennen uns zur Vierzügigkeit des Gymnasiums am Waldhof. Wir unterstützen die Erweiterung des Cecilien-Gymnasiums und streben die nächsten Schritte zur

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Realisierung an. Wir bekennen uns zum Schulstandort an der Herforder Straße mit einem bis zu vierzügigem Gymnasium.

Gesamtschulen/Sekundarschulen

Wir wissen um die wichtige Bedeutung von Gesamtschulen und Sekundarschulen in unserer Stadt und betonen die umfassenden, forcierten Bautätigkeiten an dieser Schulform (z.B. Rosenhöhe, Schildesche), die eine langfristige Attraktivitätssteigerung beinhalten soll, welche sich perspektivisch in den Erstanmeldezahlen der 5. Klassen widerspiegeln wird.

Förderschulen

Der steigende Bedarf an Förderschulplätzen in der Bielefelder Schullandschaft, insbesondere im Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“, wird gezielt und vordringlich adressiert. Dazu werden wir die erforderlichen Kapazitäten ausbauen, auch durch die Stärkung der eigenen Trägerschaft der Stadt. Die Verwaltung ist beauftragt, zeitnah geeignete Standorte zu identifizieren und legt entsprechende Vorschläge vor.

Berufskollegs

Die Berufskollegs, denen eine Schlüsselrolle bei der Fachkräftesicherung zukommt, sollen im Fachausschuss insbesondere auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung mehr Berücksichtigung finden.

Weiterentwicklung des Lernorts Schule

Wir werden die vollständige 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten sicherstellen – den Medienentwicklungsplan weiter umsetzen, begleitet von verlässlichem technischem Support und einer gezielten Verstärkung der städtischen IT-Administration. Zugleich werden wir die Möglichkeiten einer nachhaltigen Nutzung zurückgegebener Altgeräte prüfen, um deren Verbleib verantwortungsvoll im Wertstoffkreislauf zu gestalten.

Der Frischeküchen-Standard im gesamten Stadtgebiet wird angestrebt und zugleich soll eine bedarfsgerechte, dezentrale Umsetzung sichergestellt werden. Bei künftigen Vergabeprozessen werden wir die gewonnenen Erfahrungen berücksichtigen und die Verfahren transparent, qualitätsorientiert und zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Wir sind uns der Herausforderungen der Bildungstechnologien und der Auswirkungen der digitalen Spaltung bewusst. Es ist unsere Verantwortung, diese Herausforderungen ernst zu nehmen und Lösungen zu finden. Schulbildung ist dabei die Kernaufgabe für Veränderungsprozesse. Durch den Einsatz moderner Bildungstechnologien und Lernmanagementsysteme schaffen wir eine zeitgemäße Lernumgebung.

Unterstützende Angebote zur Chancengleichheit in der Schule

Den flächendeckenden und barrierefreien Ausbau der städtischen Infrastruktur werden wir konsequent vorantreiben, um Inklusion im Alltag nachhaltig zu ermöglichen

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, damit Schülerinnen und Schüler bestmöglich unterstützt werden.

Die Schulsozialarbeit wird personell und finanziell bedarfsgerecht weiterentwickelt und vorhandene Förderinstrumente dabei gezielt genutzt. Zur Stärkung der Prävention wollen wir regelmäßige fallbezogene Abstimmungen zwischen Schulen, Jugendamt und Polizei ermöglichen, um auf gefährdete und gefährdende Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu reagieren und bei Bedarf geeignete Maßnahmen einleiten zu können.

Ergänzend dazu werden wir den personellen Bedarf in der städtischen Schulsozialarbeit berücksichtigen und bedarfsgerecht weiterentwickeln, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen.

Die gezielte Förderung von Sprachkompetenzen dient als zentrale Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Dazu unterstützen wir systematisch die Sprachförderung und Alphabetisierung an allen Schulen, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich in ihren Lern- und Bildungserfolgen zu stärken.

Politische Bildung

Wir werden die politische Bildungsarbeit an Schulen unterstützen, um demokratische Werte zu stärken und verfassungsfeindlichen Strömungen wirksam entgegenzutreten. Bestehende Antimobbingkonzepte werden wir sichern und weiterentwickeln.

Wir werden die Bezirksschülervertretung und den Kinder- und Jugendrat als zentrale Akteure der Mitbestimmung weiterhin aktiv einbeziehen. Ihre Perspektiven und Anregungen fließen systematisch in schulische Entscheidungsprozesse ein, um Beteiligung, Demokratiebildung und die Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu stärken.

Hochschulen und Wissenschaft

Wir bekennen uns zu unseren Hochschul- und Wissenschaftsstandorten und werden deren Rolle als zentrale Säulen für Forschung, Innovation und Fachkräfteentwicklung konsequent stärken.

Die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungsinstitute in Bielefeld wird aktiv unterstützt und vorangetrieben. Einrichtungen wie Fraunhofer-, Helmholtz-, Leibniz-Institute oder durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderte Forschung stärken die Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandorts Bielefeld, fördern Innovation und erhöhen die Attraktivität der Stadt für hochqualifizierte Fach- und Arbeitskräfte.

Kinder und Jugendliche

Kinder sind unsere Zukunft. Dieser Satz wird nie alt und ist die Grundlage für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendpolitik. Wir sind für die Förderung und den Schutz aller Kinder und Jugendlichen verantwortlich und nehmen diese Verantwortung sehr ernst. Daher wollen wir bestmögliche Bedingungen schaffen, damit alle die gleichen Chancen auf ein erfolgreiches Leben haben. Die Basis dafür legt die frühkindliche Bildung. Verlässliche Kitas mit hoher pädagogischer Qualität und Sprachförderung sind dabei entscheidende Punkte. Kinder und Jugendliche brauchen Raum zur Entfaltung, fernab der Schule oder des Elternhauses. Wir schaffen vielfältige und inklusive Angebote. Gleichzeitig wollen wir Kinder und Jugendliche vor Gewalt, vor dem negativen Einfluss von Medienkonsum und Drogen schützen. Geschützte Orte sowie verschiedene präventive Angebote sind dafür unabdingbar.

Kinderschutz

Nicht alle Kinder und Jugendliche in Bielefeld können in ihren Familien leben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ihr Schutz und ihre Unterstützung ist unsere oberste Priorität. Wir setzen uns daher dafür ein, ein Kinderschutzhause zu errichten. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Childhood-Haus ein, in dem Kinder und Jugendliche betreut werden, die explizit körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben. Es soll geprüft werden, ob und in welcher Form die Verknüpfung beider Einrichtungen möglich und sinnvoll ist.

Kinderbetreuung

Immer mehr Kindern fehlen notwendige Vorläuferfähigkeiten. Daher werden wir die vorgezogene Schuleingangsuntersuchung bedarfsorientiert ausweiten. Bereits bestehende Fördermöglichkeiten sollen den Eltern besser verfügbar gemacht werden, damit alle Kinder Zugang zu den Angeboten haben.

Sprachförderung ist ein entscheidendes Element der frühkindlichen Bildung und ein wichtiger Faktor der Integration. Bestehende Maßnahmen wollen wir fortsetzen und bei Bedarf gezielt ausweiten.

Wir stehen zur Trägervielfalt und wollen die Kita-Träger weiterhin in ihrer wertvollen Arbeit unterstützen.

Wir werden den Status bei den Kita-Neubauten evaluieren und auf die rückläufigen Kinderzahlen bedarfsgerecht reagieren. Mögliche Kita- oder Gruppenschließungen dürfen zu keinem Qualitätsverlust führen. Veränderungen in der Kitalandschaft dürfen nicht zu Angebotslücken in den Stadtbezirken führen. Zudem müssen Wellenbewegungen bei den Geburtenraten mitgedacht werden. Darüber hinaus wollen wir den Sanierungsstau bei den bestehenden Kitas bestmöglich abbauen.

Die Gruppengrößen sollen verkleinert werden, sofern dies die Kindpauschale zulässt. Der Ausbau der Heilpädagogischen Plätze soll zur Qualitätssteigerung vorangetrieben

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

werden. Wir erkennen den steigenden Bedarf an und werden diesen sowohl baulich als auch personell berücksichtigen. Eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten ist erstrebenswert, ohne Qualitätsstandards abzusenken.

Wir wollen die Essensversorgung in den Kitas verbessern und setzen dabei auf möglichst frisches, gesundes und regionales Essen. Dafür wollen wir die Küchen-Infrastruktur ausweiten und Best-Practise-Beispiele systematisieren. Da, wo es möglich ist, erzielen wir Synergieeffekte mit den Schulen in der Nähe.

Wir streben eine flächendeckende Kita-App für alle städtischen Einrichtungen an, ohne dabei die Kitas sowie das Kita-Personal in ihrer Arbeit zu belasten. Die Verbesserung der pädagogischen Qualität steht an erster Stelle.

Damit Kinder ihre Umgebung erkunden können und Bewegung gefördert wird, sollen bedarfsorientierte Ausflüge wie z.B. in den Tierpark Olderdissen, in Museen oder zu anderen Kulturstätten noch besser ermöglicht werden. Die Organisation kann zentral und von außen unterstützend erfolgen und darf zu keiner Mehrbelastung in den Kitas führen. Hierfür akquirieren wir Fördermittel.

Die Bezuschussung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) für die Kindertagespflege läuft aus. Wir prüfen den weiteren Bedarf und die mögliche Finanzierung.

Wir werden die verschiedenen Optionen einer sozialgerechten Überarbeitung der Elternbeiträge fortwährend prüfen.

Wir begrüßen den Ausbau von Betriebs-Kitas und werden geplante Gründungen unterstützen.

Spielplätze

Wir wollen die Spielplätze in Bielefeld sukzessive sanieren und pflegen. Zudem soll jeder Stadtbezirk mindestens einen inklusiven Spielplatz erhalten. Bei Neubauten und Sanierungen sollen die Bedürfnisse von Kindern aller Altersgruppen Berücksichtigung finden. Die Spielflächenbedarfsplanung soll konsequent umgesetzt werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf der Umsetzung von Maßnahmen zum Sonnenschutz von Spielflächen liegen.

Kinder- und Jugendarbeit

Wir wollen die mobile Jugendarbeit evaluieren und bei Bedarf ausbauen, um in jedem Stadtteil gleichmäßig verteilt Angebote vorhalten zu können. Dabei prüfen wir vor Ort Synergien und berücksichtigen Neubaugebiete.

Wir unterstützen und stärken die bestehenden Jugendzentren/-treffs in ihrer Arbeit. Zur besseren Übersicht sollen die Angebote und Veranstaltungen in bereits bestehende städtische Apps und Kartentools eingearbeitet werden.

Wir werden die offene Kinder- und Jugendarbeit finanziell absichern. Dabei ist eine verlässliche Angebotsvielfalt für alle Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung.

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Finanzielle Engpässe dürfen nicht zu einem Angebotsverlust führen. Die Bedarfe der Queeren Jugendarbeit sind dabei zu beachten. Die Finanzierung durch Bundes-, Landes- oder Fördermittel ist zu priorisieren.

Open Sundays sind ein Erfolgsprojekt und werden auch in Zukunft abgesichert. Wenn möglich, wollen wir die Angebote ausweiten, etwa durch weitere inklusive sowie U6-Angebote.

Wir wollen Kindern, die in den Ferien keine Möglichkeit haben, in den Urlaub zu fahren, Ferienspiele und Stadtranderholung ermöglichen. In jedem Stadtteil soll in den Sommerferien ein entsprechendes Angebot für Kinder vorgehalten werden.

Wir erkennen den Bedarf für ein Jugendkulturzentrum an und wollen die Planungen weiter vorantreiben. Dazu wird eine geeignete Immobilie ergebnisoffen und zentrumsnah gesucht. Darüber hinaus müssen konkrete Fördermittel zur Verfügung stehen, um eine Finanzierung realisieren zu können sowie die Trägerschaft geklärt werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Mit dem Kinder- und Jugendrat wurde ein wichtiges Gremium geschaffen, damit Kinder und Jugendliche die Chance haben, ihre Interessen selbst einzubringen und zu vertreten. Nach Ablauf der ersten Wahlperiode wollen wir die gesammelten Erfahrungen analysieren. Dabei soll ein Fokus auf die Transparenz des Verfahrens und auf das Direktwahl-Prinzip gelegt werden.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Bielefeld zählt zu den sichersten Großstädten Deutschlands. Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass sich das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger verändert hat. Gewaltvorfälle in der Innenstadt sowie eine zunehmende Kinder- und Jugendkriminalität sind objektiv festzustellen und zeigen, dass es Handlungsbedarf gibt. Orte wie der Kesselbrink oder die „Tüte“ werden insbesondere in den Abend- und Nachtstunden von vielen Menschen gemieden. Diese Entwicklungen nehmen wir sehr ernst und wollen in den kommenden Jahren gegensteuern. Unser gemeinsames Ziel ist es, auf die neuen Herausforderungen wirksam zu reagieren. Öffentliche Räume müssen im gesamten Stadtgebiet für alle Menschen zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher sein. Durch präventive und Ordnungsmaßnahmen werden wir die subjektive und objektive Sicherheit verbessern.

Ordnungsamt, Stadtwache und Ordnungspartnerschaft

Wir wollen das Ordnungsamt nachhaltig stärken und die Strukturen optimieren. Dafür stattet wir das Ordnungsamt modern und leistungsfähig aus und schaffen den entsprechenden personellen und finanziellen Rahmen. So stellen wir sicher, dass das Ordnungsamt seine Aufgaben zuverlässig und wirkungsvoll erfüllen kann.

Wir prüfen, in welchem Umfang die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes erweitert werden können. Die bewährte Partnerschaft zwischen Polizei und Ordnungsamt werden wir weiter vertiefen und ausbauen. Wir setzen uns für eine größere und modernere Stadtwache ein, den hierzu angestoßenen Prozess werden wir weiter positiv begleiten.

Wir stehen für ein sicheres Bielefeld, in der Innenstadt, genauso wie in den Stadtbezirken. Wir werden die Erreichbarkeit des Ordnungsamtes in den Stadtbezirken nachhaltig stärken, damit überall dort, wo Menschen leben, arbeiten, einkaufen und ihre Freizeit verbringen, Ordnungskräfte ansprechbar sind.

Sicherheit und soziale Hilfe im Bahnhofsumfeld

Das Bahnhofsumfeld ist ein zentraler Ort des öffentlichen Lebens und erfordert eine besondere Aufmerksamkeit für Sicherheit und Ordnung. Wir verfolgen das Ziel, die Situation für Anwohnerinnen und Anwohner, Passantinnen und Passanten, Reisende und Gewerbetreibende nachhaltig zu verbessern. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang aus Prävention, Unterstützung und Repression, der im Kapitel „Drogen- und Suchtpolitik“ näher erläutert wird.

Zur Stärkung von Sicherheit, Prävention und schneller Reaktionsfähigkeit prüfen wir schwerpunktmaßige Einsätze unter Einbeziehung aller sicherheitspolitischen Akteure.

Videoüberwachung und Waffenverbotszonen

Der gezielte und verhältnismäßige Einsatz von Videoüberwachung wird zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit befürwortet. Im Rahmen der geltenden rechtlichen Vorgaben soll Videoüberwachung ausschließlich dort eingesetzt werden, wo Kriminalitäts-schwerpunkte eindeutig identifiziert und nachweislich belegt sind. Eine pauschale oder flächendeckende Videoüberwachung schließen wir aus. Als mögliche Einsatzorte kommen beispielsweise die „Tüte“ oder der Kesselbrink in Betracht. Darüber hinaus wird in enger Abstimmung mit moBiel geprüft, ob an Haltestellen des ÖPNV, Maßnahmen der Videoüberwachung sinnvoll und erforderlich sind.

Wir sehen Waffenverbotszonen als eine weitere mögliche Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Wir werden deshalb gemeinsam mit der Polizei prüfen, ob zeitlich begrenzte Waffenverbotszonen an kriminalitätsbelasteten Orten rechtlich möglich sind. Dabei werden Lageeinschätzungen der Sicherheitsbehörden, rechtliche Vorgaben sowie die Verhältnismäßigkeit berücksichtigt.

Schutz, Prävention und Beleuchtung

Präventive und repressive Maßnahmen werden als sich ergänzende Bestandteile eines ganzheitlichen Sicherheitskonzepts betrachtet. Beides soll in enger Abstimmung eingesetzt werden, um die Sicherheit in der Stadt zu stärken. Wir wissen, dass dunkle und schlecht einsehbare Orte das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen oder konkrete Gefahren erzeugen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die SOKO Innenstadt erhalten bleibt. Außerdem setzen wir uns für eine verbesserte Beleuchtung von Straßen, Wegen, Plätzen und Haltestellen ein. Ziel ist es, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und sogenannte Angsträume möglichst zu reduzieren.

Wir wollen Notrufpunkte in öffentlichen Parks und an zentralen Plätzen installieren, die eine direkte Verbindung zur Polizei oder zum städtischen Sicherheitsdienst ermöglichen.

In den Stadtbezirken sollen die bestehenden Sicherheitsdialoge fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Jugendkriminalität und-prävention

Die Fallzahlen im Bereich der Jugendkriminalität steigen und erfordern eine Ausweitung der Präventionsarbeit. Dabei muss auf eine enge Verzahnung der Bereiche Schule und Jugendarbeit geachtet werden. Die Präventionsarbeit muss sich über diverse Bereiche, wie z.B. Gewalt, Drogen, Medienkonsum und Glücksspiel, erstrecken. Hauptzielgruppe der Angebote sollen Jungen und männliche Jugendliche werden. Eine weitere wirksame Maßnahme ist auch die angelaufene Errichtung vom Haus des Jugendrechts, welches schnellstmöglich seine Arbeit aufnehmen muss.

Feuerwehr und Rettungsdienst

Grundlage unseres Handelns ist der Rettungsdienstbedarfsplan, den wir konsequent umsetzen und kontinuierlich weiterentwickeln werden. Dazu setzen wir auf gezielte Investitionen in moderne Ausrüstung, ausreichend Personal sowie Aus- und Fortbildung bei der Berufsfeuerwehr ebenso wie bei der Freiwilligen Feuerwehr. Das beinhaltet insbesondere die geplante Feuer- und Rettungswache Ost. Hier ist eine schnelle und verbindliche Aussage der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) erforderlich. Wir stehen zu einer schnellen Umsetzung der Hauptfeuerwache am neuen Standort sowie einer kontinuierlichen Modernisierung der Feuerwehrgerätehäuser.

Darüber hinaus streben wir eine verstärkte Zusammenarbeit und die Nutzung von Synergien mit Nachbarkommunen bei Feuerwehr und Rettungsdiensten an, um Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Sauberkeit und Stadtreinigung

Wir wollen eine moderne Stadtreinigung für Bielefeld. Die Reinigungsintervalle im Stadtgebiet, insbesondere in der Innenstadt, werden erhöht. Mit verstärkter Pflege und Reinigung städtischer Grünflächen werden wir die Sauberkeit und die Aufenthaltsqualität sichtbar verbessern. Zudem werden wir den schrittweisen Ausbau smarter Abfallbehälter mit digitaler Füllstandssensorik vorantreiben, um Reinigungstouren effizienter zu gestalten und Überfüllungen zu vermeiden. Wir prüfen höhere Bußgelder, insbesondere für Verschmutzung und illegale Müllentsorgung.

Die Organisations- und Arbeitsstrukturen des Umweltbetriebs werden wir verbessern, dass das Personal bedarfsgerecht eingesetzt wird. Die Attraktivität des Umweltbetriebes als Arbeitgeberin wollen wir stärken. Wir werden entsprechende Bildungs- und Informationsangebote gezielt ausbauen, um das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sowie für die Vermeidung von Müll zu stärken.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklung in Bielefeld bedeutet mehr als Bauen: Sie entscheidet darüber, wie lebendig, gerecht und zukunftsfähig unsere Stadt ist. Wir haben als Ziel eine Stadt, die Raum für Wohnen, Arbeiten, Kultur und Begegnung bietet und in der sich Menschen in allen Stadtteilen sicher und wohlfühlen können. Dabei kommt der Qualität öffentlicher Räume ebenso eine zentrale Bedeutung zu wie der Stärkung der Innenstadt und der Stadtteilzentren. Wir entwickeln die Stadtentwicklung in Bielefeld strategisch weiter. Im Mittelpunkt stehen eine attraktive Innenstadt, lebendige Quartiere und eine hohe Aufenthaltsqualität. Stadtentwicklung soll dabei sozial ausgewogen, wirtschaftlich tragfähig und städtebaulich nachhaltig erfolgen.

Entwicklung der Innenstadt

Wir werden in der Innenstadt die Nutzung aus Wohnen, Sozialeinrichtungen, Handwerk, Gastronomie und Dienstleistungen gezielt fördern, um eine lebendige und dauerhaft belebte City zu sichern, dazu gehören auch zusätzliche Freizeitangebote für alle Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie eine Steigerung der Aufenthaltsqualität und Maßnahmen zur Klimaanpassung. Das ehemalige Karstadt-Areal und das Jahnplatzforum stellen u.a. wesentliche Eckpfeiler der städtebaulichen Entwicklung dar.

Das City-Team wird strukturell weiterentwickelt. Leerstände wollen wir gemeinsam mit Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern verhindern. Die Altstadt wird sukzessive weiterentwickelt und als identitätsstiftender, attraktiver Ort gestärkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Bahnhofsumfeld und die Bahnhofstraße einen einladenden Eindruck machen und das dazugehörige Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) prioritär umgesetzt wird. Dazu gehören u.a. die Schaffung einer besseren Beleuchtung, zusätzliche Bepflanzungen und Sitzgelegenheiten sowie eine barrierefreie Querung des Platzes und weitere Maßnahmen, die einen klaren Mehrwert für das Sicherheitsgefühl und das wahrgenommene Stadtbild bringen.

Stadtteile, Quartiere und Baukultur

Die Stadtteilzentren werden als Orte des Alltags und der Begegnung gestärkt. Dabei wird die Bedeutung der Außenbezirke stärker berücksichtigt. Für eine gute und lebendige Nachbarschaft sollten die wichtigsten Einrichtungen des täglichen Lebens für alle gut und sicher erreichbar sein. Wir wollen Bielefeld Marketing stärken und breiter aufstellen, damit das Stadtmarketing künftig die Entwicklung der Stadtbezirke mit ihren jeweiligen Zentren stärker in ihren Fokus nimmt.

Die Aufenthaltsqualität in Quartieren und Stadtteilen werden wir verbessern, insbesondere durch mehr Begrünung, Sitzmöglichkeiten, barrierefreie Wege, gute Beleuchtung, Trinkwasserangebote und eine ansprechende Gestaltung öffentlicher

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Flächen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezirke gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität umsetzen und Angsträume abbauen können. Der Ausbau von öffentlichen Toiletten in allen Stadtteilen wird vorangebracht.

Zur Beratung in Fragen der Baukultur werden wir ein Beratungsgremium einrichten, das gezielt städtebauliche Qualität, Gestaltung und Einbindung in das Stadtbild in den Blick nimmt.

Konversionsflächen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Bielefeld die Konversionsflächen vom Bund übernimmt. Wir wollen die Entwicklung der Konversionsfläche Rochdale weiter als städtebauliches Projekt voranbringen sowie den Standort Catterick mindestens für die städtische Infrastruktur nutzen.

Bezahlbares Wohnen

Bielefeld ist gewachsen, mit ihren mehr als 344.000 Menschen gibt es einen ständig wachsenden Bedarf an Wohnraum für alle in der Stadt, insbesondere für junge Menschen, Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Bezahlbares Wohnen ist eine zentrale soziale Frage für den Zusammenhalt in Bielefeld. Ziel bleibt es, soziale Verdrängung zu verhindern, gewachsene Quartiere im Gleichgewicht zu halten, Wohnen in allen Stadtteilen bezahlbar zu halten und gleichzeitig eine vielfältige, durchmischte Stadtentwicklung zu sichern. Wir sind uns einig, dass Wohnungsbau in Bielefeld beschleunigt, gesteuert und qualitativ weiterentwickelt werden muss. Neben der Schaffung neuen Wohnraums geht es um klare Regeln für geförderten Wohnungsbau, eine leistungsfähige Bauverwaltung, die Aktivierung vorhandener und Entwicklung neuer Flächen sowie einen wirksamen Mieterschutz.

Wohnraum schaffen

Bei neuen Wohnbauvorhaben werden wir weiterhin einen verpflichtenden Teil von 33 Prozent gefördertem Wohnungsbau sicherstellen, der von den Projektträgern bei Bedarf erhöht werden kann. Das sichert dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen. Neue Wohngebiete werden dabei so entwickelt, dass sie sozial durchmisch sind, und unterschiedliche Wohnformen, Einkommensgruppen und Lebenslagen berücksichtigen. Wir setzen uns gezielt für den Bau und die Weiterentwicklung von Wohnheimen für Auszubildende und Studierende an bedarfsgerechten Standorten ein.

Die Zusammenarbeit der Stadt mit allen lokalen Wohnungsbaugenossenschaften und der Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen (BGW) als kommunales Wohnungsunternehmen werden wir stärken.

Wir wollen die Baulandstrategie grundsätzlich beibehalten, um bezahlbaren Wohnungsbau zu sichern und städtische Steuerungsmöglichkeiten beim Flächenverkauf zu erhalten. Wir werden sie wirksam und zukunftsfähig weiterentwickeln. Dazu werden wir die Vergabekriterien evaluieren. Wir setzen einen klaren Schwerpunkt auf den Aufbau einer strategischen Bodenvorratspolitik, um Flächen vorausschauend zu sichern und kommunale Steuerungsmöglichkeiten zu stärken und weiterzuentwickeln. Ergänzend dazu verfolgen wir eine konsequente Innenentwicklungsstrategie. Für Gewerbegebiete werden wir die Baulandstrategie nicht anwenden.

Für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum werden die baurechtlichen Voraussetzungen wie der Bau-Turbo dort aktiv genutzt, wo städtebaulich Aufstockungen und Hinterhofbebauung sinnvoll sind. Das beinhaltet insbesondere die Aufstockung von Gebäuden und die Leitlinien zur mehrstöckigen Entwicklung von großen Einzelhandelsflächen. Wir wollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Bauverwaltung digitaler und effizienter aufstellen, die bestehenden

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Anforderungen überprüfen und so weit wie möglich verschlanken, um Wohnungsbau schneller zu realisieren.

Mieterschutz und Aufsicht

Wir wollen die Wohnungsaufsicht personell und auch strukturell stärken, um Missstände wirksamer zu bekämpfen und Mieterinnen und Mieter besser zu schützen.

Dazu gehört auch, dass die Stadt mit all ihren ordnungsrechtlichen Möglichkeiten offensiv und konsequent gegen unzumutbare Wohnzustände in Problemimmobilien vorgeht, um menschenwürdige Wohnverhältnisse sicherzustellen und negative Auswirkungen auf Quartiere zu verhindern.

Wir werden das Leerstandsmanagement ausbauen, um Leerstand systematisch zu erfassen und verhältnismäßige Instrumente nutzen, um den Leerstand abzubauen und vorhandenen Wohnraum wieder dem Markt zuzuführen. Die Zweckentfremdung von Wohnraum, etwa durch dauerhafte Ferienvermietung, soll stärker reguliert werden, um Wohnraum im regulären Markt zu erhalten.

Soziales

Bielefeld steht für sozialen Zusammenhalt und ein verantwortungsvolles Miteinander. Eine moderne Sozialpolitik stärkt Integration, fördert Inklusion und ermöglicht echte Teilhabe für alle Menschen. Integration bedeutet dabei, Zugewanderte zu unterstützen, Chancen zu eröffnen und das Zusammenleben aktiv zu gestalten. Inklusive Strukturen und gleichberechtigte Teilhabe sind zentrale Voraussetzungen für ein lebenswertes Bielefeld. Dafür braucht es eine soziale Infrastruktur, die nah an den Menschen ist, flexibel auf neue Herausforderungen reagiert und verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgeht. In der Drogen- und Suchtpolitik setzen wir auf einen Dreiklang aus Prävention, Unterstützung und Repression. Je früher wir die Menschen erreichen, desto wirksamer können wir sie unterstützen. Unser generelles Ziel ist es, Hilfe gezielt dort einzusetzen, wo sie gebraucht wird, und bestehende Angebote besser zu vernetzen. So verbinden wir Offenheit, Solidarität und Vielfalt mit wirksamer Steuerung und nachhaltiger sozialer Politik.

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit der Trägerlandschaft

Das erfolgreiche Modell der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) soll fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Die angestoßenen Pilotprojekte sollen ausgewertet werden. Strukturelle und inhaltliche Anpassungsbedarfe diskutieren wir im engen Austausch mit den öffentlichen Trägern und der städtischen Verwaltung und setzen sie um. Bewährte Formate, wie Trialoge und Fachtage, werden wir stärken. Darüber hinaus stehen wir zur Trägervielfalt und werden diese weiterhin fördern.

Integration

Wir stehen für ein weltoffenes Bielefeld und unterstützen alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Daher werden wir die Integrationsangebote aus.

Die Modernisierung und Umgestaltung der Ausländerbehörde sind unabdingbar und sollen einen weiteren Schritt hin zu mehr Integration beitragen. Ziel ist es, die Räumlichkeiten angemessen zu gestalten, um serviceorientierter zu werden. Bearbeitungszeiten müssen reduziert werden, Terminvergaben müssen schneller erfolgen.

Wir werden gemeinsam integrationspolitische Schwerpunkte setzen und dabei Aktionspläne erarbeiten, die maßnahmenorientiert und schnell abgearbeitet werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ist dabei von großer Bedeutung. Wir unterstützen und stärken die Mitglieder des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration.

In Bezug auf die Bezahlkarte ist die weitere Gesetzgebung des Bundes maßgeblich.

Inklusion

Wir streben die Erhöhung der tatsächlichen Schwerbehindertenquote bei den Beschäftigten der Stadt Bielefeld an und wollen damit dem rückläufigen Trend entgegenwirken. Ein Fokus liegt dabei auf der Bewerbung der städtischen Arbeitsplätze.

Die barrierefreie Kommunikation der städtischen Verwaltung soll stetig ausgeweitet werden. Darunter fallen Angebote wie Leichte Sprache, Piktogramme, Gebärdensprache oder Vorlesefunktion. Bei der Digitalisierung der Verwaltung müssen diese Angebote explizit mitgedacht werden.

Drogen- und Suchtpolitik

Bielefeld verfügt über ein gut funktionierendes Suchthilfesystem, was aufgrund steigender Anforderungen stetig weiterentwickelt werden muss. Dabei legen wir großen Wert auf einen Dreiklang aus Prävention, Unterstützung und Repression.

Dank der Arbeit durch die Streetworker verfügen wir über ein gutes Bild über das Leben der Menschen auf der Straße. Ihre Arbeit ist wesentlich und soll unterstützt werden. Die koordinierte Zusammenarbeit mit den anderen Ebenen (Polizei, Ordnungsamt, etc.) soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Zudem soll ihre Berichterstattung an die städtischen Gremien ausgeweitet werden.

Ein zentraler Baustein der zukünftigen Drogen- und Suchtpolitik ist eine Anlaufstelle im Bahnhofsumfeld. Diese Maßnahme ist für uns von hoher Priorität, um den Menschen Hilfs- und Aufenthaltsangebote (u.a. Tagesruhebetten) anbieten zu können. Ziel ist es, die Situation im Bahnhofsumfeld und an der "Tüte" zu entzerren. Dazu gehört auch die generelle Umgestaltung des Bahnhofsumfelds. Um Konfliktsituationen zu minimieren, braucht es Aufenthaltsmöglichkeiten. Dabei werden die Suchtkranken mit einbezogen, damit sie diese Angebote auch wahrnehmen.

Darüber hinaus wollen wir auch offen für neue Wege in der Bielefelder Drogenhilfe sein. Wir unterstützen daher die Drogenberatung in ihrem Vorhaben, das sogenannte Drug-Checking einzuführen. Sollte die zu erwartende Landesfinanzierung ausbleiben, müssen alternative Wege der Finanzierung gefunden werden.

Die aktuelle Bundesgesetzgebung ermöglicht es Vereinen, Anträge auf die Durchführung eines Cannabis-Modellprojektes zu stellen. Aktuell ist offen, ob der Antrag eines Bielefelder Vereins genehmigt wird. Sollte der Antrag positiv beschieden werden, wird das Projekt eng begleitet. Bei einer Ablehnung sollen keine weiteren städtischen Unternehmungen angestellt werden.

Wohnungslosigkeit

Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bauen wir aus. Dabei wollen wir alle vulnerablen Gruppen bedenken und in den jeweiligen Einrichtungen spezifische Angebote und Schutzräume schaffen. Generell soll der Trend

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

von großen zu kleinen Einrichtungen gehen, da Großunterkünfte häufig nur kurzfristige Lösungen darstellen.

Durch niedrigschwellige Hilfsangebote wollen wir Wohnungslosigkeit reduzieren. Dazu zählen Tagesaufenthalte, medizinische Grundversorgung, psychologische Beratung und individuelle Hilfe bei Behördengängen oder Wohnungsvermittlung. Letzteres soll durch mehr Angebote wie z.B. „Housing First“ erleichtert werden.

Wir brauchen eine zusätzliche Notunterkunft, die schnellstmöglich realisiert werden muss.

Teilhabe

Die digitale Transformation schreitet mit großen Schritten voran. Nicht alle können mit diesem Tempo Schritt halten. Wir wollen daher alle Menschen mitnehmen und über neue Prozesse informieren sowie aufklären. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, um die Veränderungen transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Das Bielefeld-Pass-Ticket für den ÖPNV ist ein wichtiges Element der Teilhabe am öffentlichen Leben. Das Angebot soll daher weitergeführt, die bisherige Kopplung an die Preisentwicklung im Bielefelder ÖPNV beibehalten werden. Eine Ausweitung auf weitere Bezugsgruppen über den Bielefeld-Pass hinaus soll geprüft werden.

Wir streben die Ausweitung von Still- und Wickelräumen im öffentlichen Raum an.

Wir stehen hinter dem Bielefelder Modell als eine Kombination aus Wohnen, Pflege und Quartiersarbeit. Wir werden die Träger in ihrer Arbeit unterstützen, um die Angebote im bestehenden Umfang aufrechtzuerhalten.

Vereinsamung ist eine große gesellschaftliche Herausforderung. Wir fördern generationsübergreifende Begegnungsorte, stärken Senioren- und Nachbarschaftstreffs und unterstützen dahingehendes ehrenamtliches Engagement.

Wir unterstützen Initiativen gegen Armut, indem wir z.B. Mittagstische, kostenfreie Freizeitangebote oder Beratungen vor Ort ausbauen.

Die Arbeit in den Stadtteilzentren und in den Familienzentren ist von besonderer Bedeutung für die Menschen im Quartier. Wir bekennen uns zu den Angeboten und wollen sie auch weiterhin unterstützen. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Angebote in den Außenbezirken gelegt werden. Den Grünen Würfel wollen wir als Begegnungszentrum weiterentwickeln.

Häusliche Gewalt

Wir wollen bestehende Angebote rund um den Bereich der Häuslichen Gewalt unterstützen und bei Bedarf ausbauen. Dazu zählt die Absicherung der Beratungs- und Schutzangebote für Frauen und Männer, wobei auch inklusive und mehrsprachige

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Angebote bedacht werden. Neben der Arbeit mit Opfern Häuslicher Gewalt soll auch Präventionsarbeit bei Täterinnen und Tätern geleistet werden.

Die Interventionsstelle Häusliche Gewalt soll finanziell abgesichert werden. Dazu wird die Landesregierung mit Nachdruck auf ihre Verantwortung bei der Finanzierung hingewiesen.

Gesundheit

Für uns ist eine verlässliche und wohnortnahe medizinische Versorgung unerlässlich. Dabei können wir uns auf den unermüdlichen Einsatz der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitssektor und auf die Qualität unserer Gesundheitseinrichtungen verlassen. Der Gesundheitsstandort muss stetig qualitativ weiterentwickelt und auf Versorgungslücken reagiert werden. Daher stärken wir die kommunale Gesundheitsversorgung durch Präventionsangebote für Familien sowie die Entlastung von Arztpraxen. Dazu gehört z.B. der Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote im Quartier und die Gewinnung von medizinischem Personal. Im Mittelpunkt steht zudem ein bürgernahes und modernes Gesundheitsamt, das sowohl im Alltag als auch in Krisenzeiten flexibel und leistungsfähig sein muss. Die Entwicklung der medizinischen Fakultät und der beiden Universitätskliniken begleiten wir positiv.

Ärztliche Versorgung

Dem sich abzeichnenden Mangel an Haus- und Fachärzten werden wir entgegentreten und den Einstieg in die Selbstständigkeit für junge Ärztinnen und Ärzte attraktiver gestalten. Dabei sollen u.a. die Synergieeffekte des Ärztenetzes Medi-OWL genutzt werden. Zudem werden wir Anreize schaffen, indem wir bürokratische Hindernisse abschaffen und neue Praxen aktiv unterstützen.

Die bereits eingerichtete Stelle des Ärztelotsen soll explizit junge Ärztinnen und Ärzte bei der Praxisgründung und Praxisübernahme unterstützen. Die Arbeit wird nach Ablauf des ersten Jahres evaluiert.

Wir wollen neue Wege in der Gesundheitsversorgung gehen. Dafür lassen wir Quartiersansätze wie z.B. Medizinische Versorgungszentren, Gemeindeschwestern oder Gesundheitskioske prüfen. Die Angebote müssen in das jeweilige Umfeld passen. Insbesondere wollen wir auch die Entlastung von Kinderärztinnen und Kinderärzten in den Fokus nehmen, z.B. durch die Vernetzung mit der zuständigen kommunalen Verwaltung.

Gesundheitseinrichtungen

Den starken Bielefelder Gesundheitsstandort werden wir unterstützen. So wollen wir die Gründung eines pharmazeutischen Instituts an der Universität Bielefeld vorantreiben. Die bereits erfolgreiche Kooperation mit der Medizinischen Fakultät der Universität Bielefeld soll ausgeweitet werden, um die Studierenden an den Standort Bielefeld zu binden.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum städtischen Klinikum und setzen uns für dessen nachhaltige Sicherung ein. Die Gesundheitsvorsorge ist eine zentrale städtische Aufgabe, weshalb der eingeschlagene Weg der stetigen Weiterentwicklung fortgesetzt werden soll.

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Apotheken vor Ort sind ein unverzichtbarer Bestandteil der wohnortnahmen Versorgung. Der Rückgang der Apothekenanzahl ist problematisch, weshalb wir uns bei der Bundes- und Landesregierung für die Stärkung von Apotheken einsetzen werden.

Pflege

Versorgungslücken im Bereich der stationären Pflege werden wir konsequent und in allen Stadtbezirken vermeiden. Wir wollen neue Wohngruppen schaffen und bestehende Angebote unterstützen. Gleichzeitig behalten wir die Entwicklung der teilstationären Pflegeangebote im Blick.

Wir wollen weiterhin den Modellversuch „Kultursensible Pflege“ unterstützen und darüber hinaus Projekte fördern, die Pflegebedürftige entsprechend ihrer individuellen kulturellen, religiösen und sozialen Bedürfnisse versorgen und unterstützen.

Gesundheitsprävention und Gesundheitsamt

Gesundheitsprävention ist der Grundstein eines gesunden Lebens. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Prävention fest im Alltag von Kitas und Schulen integriert und ausgeweitet wird, etwa durch Bewegung, Ernährung oder mentale Unterstützung.

Wir werden die Gesundheitskompetenz stärken und dadurch Arztpraxen und Notaufnahmen entlasten. Familien stehen dabei besonders im Fokus. Dafür erweitern wir die Beratungsangebote in den Quartieren und fördern niedrigschwellige Unterstützungsangebote wie z.B. Videosprechstunden.

Das Gesundheitsamt soll effizienter und bürger näher werden. Um in der täglichen Arbeit sowie in Krisensituation, schneller agieren zu können, muss die digitale Infrastruktur konsequent ausgebaut werden.

Wirtschaft und Arbeit

Bielefeld lebt von einer leistungsfähigen, vielfältigen Wirtschaft: vom industriellen Kern über Mittelstand, Einzelhandel und Handwerk bis hin zu Dienstleistungen, insbesondere Gastronomie, Kultur- und Veranstaltungsbranche, Gesundheitswirtschaft, sowie einer dynamischen Gründerinnen- und Gründerszene. In der kommenden Ratsperiode werden verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ermöglicht und Investitionen erleichtert, um Arbeitsplätze in Bielefeld zu sichern und neue zu schaffen. Dafür bündeln wir Zuständigkeiten, schaffen eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und schaffen bessere Voraussetzungen für Ansiedlung, Wachstum und Innovation. Dies kommt allen zugute: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, der Verwaltung und der Stadtgesellschaft im Allgemeinen. Ziel unserer Wirtschaftspolitik sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Stärkung der Ertragslage der Unternehmen in unserer Stadt.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEGE) werden wir wieder deutlich stärker als zentrale Struktur- und Serviceeinheit der Wirtschaftsförderung profilieren und ihre Lotsenfunktion für Unternehmen in allen Branchen ausbauen. Dazu gehört u.a. auch der Gesundheitsbereich. Beratungs- und Vermittlungsleistungen, etwa im Sinne einer flexiblen Ansiedlungsbegleitung, werden bei der WEGE gebündelt.

Wir begrüßen die Einrichtung einer Schnittstellenposition im Büro der Oberbürgermeisterin, die als Bindeglied zwischen Verwaltungsspitze, WEGE und Wirtschaft agiert. Diese Stelle koordiniert wirtschaftsrelevante Anliegen, sorgt für Verfahrensbeschleunigung und verbessert die Erreichbarkeit der Stadtverwaltung für Betriebe, Investorinnen und Investoren sowie Gründende.

Unternehmen werden beim Zugang zu Fördermitteln verstärkt unterstützt. Die WEGE soll insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, geeignete Programme von Bund, Land und EU zu identifizieren, Antragswege verständlich zu kommunizieren und Kontakte zu passenden Stellen herzustellen.

Die Vergnügungssteuer wird abschafft, um die heimische Veranstaltungsbranche zu entlasten und die Attraktivität des Standorts für Veranstaltungsformate zu stärken. Ergänzend prüfen und nutzen wir Entlastungsspielräume bei kommunalen Gebühren, wo diese unmittelbar die Durchführung von Veranstaltungen, Wochenmärkten und den Betrieb der Außengastronomie betreffen. Neben der Gastronomie dienen diese Entlastungen auch Stadtteilinitiativen, Vereinen und anderen Akteuren vor Ort, die sich für vitale Bezirke einsetzen. Ziel ist ein fairer Ausgleich zwischen städtischer Ordnung und der Förderung einer lebendigen Stadtgesellschaft im öffentlichen Raum.

Gewerbegebiete und Standortentwicklung

Bei der WEGE wird perspektivisch die Entwicklung von Gewerbegebieten organisatorisch gebündelt. Die Zuständigkeit für die Entwicklung von Gewerbegebieten wird aus der Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft (BBVG) zur WEGE verlagert; die Entwicklung von Wohnbauflächen verbleibt bei der BBVG. Damit schaffen wir eine klare Aufgabenverteilung und eine einheitliche Verantwortlichkeit für wirtschaftsrelevante Flächen.

Die vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe Gewerbegebiete unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft werden wir fortführen und als kontinuierliches Arbeitsformat zur Priorisierung, Begleitung und Abstimmung von Flächenprojekten nutzen. Die Arbeitsgruppe soll weiterhin Verwaltung, Wirtschaftsförderung und politische Ebene eng verzahnen und den Austausch mit Akteuren strukturieren.

Die neuen Suchräume des Regionalplans werden konsequent ausgenutzt, um zusätzliche Potenziale im Bereich der Gewerbegebiete zu identifizieren. Dabei betrachten wir sowohl neue Flächen als auch Brachen und Konversionsflächen, um Innenentwicklung und Reaktivierung voranzutreiben und parallel neue Flächen zu entwickeln.

Wir unterstützen aktiv interkommunale Gewerbegebiete und treiben sie voran. Wo Standortvorteile, Verkehrsanbindung und regionale Bedarfe dies nahelegen, suchen wir Kooperationen mit Nachbarkommunen und der Region, um zusätzliche Entwicklungsspielräume zu eröffnen und Wertschöpfung in Ostwestfalen-Lippe zu halten.

Einen eigenständigen Bodenfonds für Gewerbegebiete wird geprüft. Der Fonds soll Flächenankauf, Vorfinanzierung und Entwicklung erleichtern und so den Handlungsspielraum der Stadt stärken, ohne andere wichtige Aufgabenbereiche zu schwächen.

Wir werden Umwelt- und Sozialverträglichkeit bei der Gewerbegebietenentwicklung konsequent beachten und dies im Rahmen der bestehenden Verfahren sicherstellen. Die Umweltverträglichkeit wird im Rahmen der Bauleitplanung und der Baurechtsgewährung, unter Einbeziehung der erforderlichen Gutachten festgestellt; die Sozialverträglichkeit wird insbesondere über transparente Verfahren, Beteiligungsformate und die Einbindung betroffener Akteure gewährleistet.

Wir etablieren dauerhafte Gesprächsrunden mit Unternehmen sowie Landwirtinnen und Landwirten, um Flächenbedarfe, Nutzungskonflikte und Ausgleichsfragen frühzeitig zu identifizieren und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Dabei nehmen wir auch die Qualität von Ausgleichs- und Ersatzflächen in den Blick und fördern Ansätze, die neben der Fläche auch die ökologische Qualität betrachten. Dabei dürfen Ausgleichs- und Ersatzflächen auch in anderen Gebietskörperschaften ausgewiesen werden.

Wissenschafts- und Innovationsstandort Bielefeld

Die Start-up-Förderung der WEGE wird fortsetzen und weiter gestärkt. Gründende sollen in Bielefeld verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Beratung, Netzwerkzugänge und passende Unterstützungsangebote vorfinden.

Wir werden das Bielefeld Research and Innovation Center (BRIC) und das zugehörige Bauvorhaben aktiv unterstützen. Das BRIC soll als zentraler Ort für Forschung, Transfer und Innovation wirken und die Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups in Bielefeld stärken.

Zusätzliche Co-Working-Angebote auch in den Außenbezirken werden geprüft, sofern ein Bedarf nachgewiesen und dies wirtschaftlich tragbar ist.

Der Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen wird gezielt gefördert. Dazu zählen Netzwerke, Veranstaltungsformate und Kooperationsstrukturen, die den Zugang zu Forschungsleistungen, Fachkräften und Innovationen erleichtern und die Anwendung neuer Technologien in Unternehmen unterstützen. Die Ansiedlung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung würden wir begrüßen und unterstützen.

Abbau bürokratischer Hürden

Wir werden kommunale Vorschriften und Verfahrensabläufe dort überprüfen, wo sie Betriebe vor Ort unnötig belasten. Die Identifizierung konkreter Hemmnisse erfolgt im Austausch mit Unternehmen, Verbänden, Kammern und durch die Verwaltung selbst, um praxisnahe Verbesserungen zu erreichen.

Die Serviceorientierung der Verwaltung für wirtschaftsrelevante Anliegen wird gestärkt. Dazu gehören klar benannte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, verständliche Informationen zu Verfahren, eine bessere Koordination zwischen Ämtern und eine konsequente Begleitung von Vorhaben über Abteilungsgrenzen hinweg.

Wir stärken Anreize und Beratungsangebote zur Vermeidung von Verpackungsmüll und zur Förderung ressourcensparenden Handelns, insbesondere in der Gastronomie und im Veranstaltungsbereich. Statt einer kommunalen Verpackungssteuer setzen wir auf Information, praktikable Mehrweglösungen und Unterstützung bei der Umsetzung.

Ausbildung und Fachkräftesicherung

Wir unterstützen den Bau von Wohnraum für Auszubildende und werden die Umsetzung gemeinsam mit relevanten Partnern voranbringen. Dabei sollen Standort, Trägerschaft und Betrieb so gestaltet werden, dass ein echter Mehrwert für Auszubildende, die Bielefelder Ausbildungsbetriebe und beteiligte Akteure entsteht.

Wir prüfen die Einrichtung einer Stiftung „Auszubildendenwerk“ und erarbeiten dazu ein tragfähiges Konzept unter Einbindung der Stakeholder. Ziel ist eine strukturierte

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Unterstützung von Auszubildenden, die an konkrete Bedarfe anknüpft und zusätzliche Akteure einbindet.

Die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium im Stadtbild und in städtischen Angeboten wird gefördert. Dazu gehört, dass Vergünstigungen und Zugänge zu städtischen Einrichtungen und Veranstaltungen, die bislang vor allem Studierenden offenstehen, in geeigneter Form auch Auszubildenden zugänglich gemacht werden. Damit stärken wir die berufliche Bildung, schaffen faire Chancen für alle jungen Menschen und fördern die volle Teilhabe an kulturellen, bildungsbezogenen und sozialen Angeboten in unserer Stadt.

Berufsinformationsveranstaltungen und bestehende Formate der Berufsorientierung, wie z. B. die Nacht der Berufe und die Berufsinformationsbörse, werden fortgesetzt und qualitativ weiterentwickelt. Dabei stärken wir die Zusammenarbeit mit Schulen, Kammern, Unternehmen und Trägern, um Angebote besser zu verzähnen, passgenau auszurichten und junge Menschen bedarfsgerecht zu erreichen.

Wir werden bestehende Ausbildungsunterstützung fortführen und dort stärken, wo sie nachweislich Übergänge in Ausbildung erleichtert. Besonderes Augenmerk legen wir auf Jugendliche mit herausfordernden Lebenswegen: Unterstützungsangebote sollen so ausgestaltet sein, dass sie Stabilität geben, Motivation fördern und konkrete Perspektiven eröffnen.

Wir setzen uns für eine Weiterbildungsstrategie ein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zentrale Bestandteile können u.a. eine niedrigschwellige Beratung für Weiterbildungsinteressierte sowie der Austausch der Netzwerkpartnerinnen und -partner sein. Die Akteure der Weiterbildungslandschaft entwickeln langfristige strategische Lösungen für die neuen komplexen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und Smart City

Eine leistungsfähige, bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Stadt braucht eine moderne, digitale Verwaltung und eine zukunftssichere digitale Infrastruktur. Wir verstehen Digitalisierung nicht als bloßes „Abilden“ analoger Abläufe, sondern als grundlegende Weiterentwicklung von Prozessen, Strukturen und Servicequalität. Unser Anspruch ist eine Stadtverwaltung, die Aufgaben auch unter den Bedingungen des Fachkräftemangels weiterhin zuverlässig erfüllt, Entscheidungen schneller trifft und Leistungen für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Unternehmen einfacher zugänglich macht. Dabei gilt: Digitale Angebote müssen sozialverträglich gestaltet werden, damit Teilhabe gesichert bleibt und niemand ausgeschlossen wird.

Wir begreifen Digitale Infrastruktur als Grundlage für wirtschaftliche Stärke, moderne Bildung, verlässliche Daseinsvorsorge und eine zukunftsfähige Stadt. Infrastrukturpolitik ist Standortpolitik: Nur mit leistungsfähigen Netzen und robusten Systemen werden Unternehmen wirtschaften, kann die Verwaltung digital arbeiten und können die Bürgerinnen und Bürger digitale Angebote tatsächlich nutzen.

Es ist uns wichtig, alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Insbesondere den Menschen, denen bislang kein ausreichender Zugang zu digitalen Leistungen zur Verfügung steht. Aufklärung über vorhandene Angebote ist hier der Schlüssel.

Smart City

Bielefeld als Smart City verstehen wir als Ort, an dem alle Generationen klimaneutral und ressourcensparend zusammenleben und gleichberechtigt teilhaben können. Die Stadt wird ihre Smart City-Ansätze konsequent weiterentwickeln und gezielt dort einsetzen, wo Innovationen und neue Technologien einen konkreten Mehrwert für den Alltag der Menschen, eine leistungsfähige Verwaltung und eine nachhaltige Stadtentwicklung bieten. Smart City ist für uns ein ganzheitliches Konzept, welches auch Ansätze in den Bereichen Bildung, Mobilität, Bauen und Wirtschaft berücksichtigt und miteinander verzahnt.

Wir richten Smart City-Projekte stärker an konkreten Anwendungsfällen aus und verknüpfen bestehende Initiativen miteinander. Dafür setzen wir auf erprobte, skalierbare Lösungen, die sich in den Regelbetrieb überführen lassen und nicht in Insellösungen enden. Smart City verstehen wir als praxisorientierte Anwendung digitaler Technologien zur Verbesserung kommunaler Dienstleistungen, zur Stärkung der Resilienz und zur effizienteren Steuerung städtischer Prozesse.

Wir werden geeignete digitale Anwendungen priorisieren, die städtische Aufgaben unterstützen, etwa bei der Zustandsüberwachung von Infrastruktur, beim

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Ressourcenmanagement oder bei städtischen Services, und dabei Datenschutz, IT-Sicherheit und Transparenz von Beginn an verbindlich mitdenken.

Wir unterstützen den Einsatz von Technologien wie Long Range Wide Area Network (LoRaWan) oder “Internet der Dinge”, die städtischen Aufgaben effizienter machen und zugleich die Resilienz der Stadt erhöhen, insbesondere dort, wo Sensorik, Monitoring und datenbasierte Steuerung konkrete Verbesserungen ermöglichen. Gerade im Hinblick auf die Mobilität können sich hieraus Vorteile im Bereich Echtzeitverkehrsinformation, der Parkplatzsuche und der intelligenten Verkehrssteuerung ergeben.

Um städtische Bauvorhaben während Planung und Umsetzung effizienter und transparenter zu gestalten, werden wir die Einführung einer digitalen Bauplattform prüfen. Diese soll alle Akteure miteinander vernetzen und Informationen in hoher Qualität zentral bereitstellen. Dabei wollen wir auch den Einsatz moderner Technologien und Standards wie Building Information Modeling (BIM) fördern.

Verwaltungsdigitalisierung

Wir bekräftigen die Rolle des Chief Digital Officers (CDO). Die CDO begleitet die Verwaltung aufgabekritisch, identifiziert verbliebene analoge Strukturen, notwendige zusätzliche Anwendungen sowie Synergien und spiegelt Erkenntnisse in die Politik. Dabei geht es ausdrücklich nicht um einen aktiven Stellenabbau, sondern um eine zukunftsfähige Aufgabenwahrnehmung trotz Fachkräftemangels.

Digitale Prozesse werden sozialverträglich gestaltet. Neue digitale Angebote sollen so entwickelt werden, dass alle Anspruchsgruppen mitgenommen werden und kein Personenkreis ausgeschlossen wird. Dazu gehören verständliche Nutzungsführung, Mehrsprachigkeit, Barrierefreiheit, Unterstützungsmöglichkeiten sowie weiterhin erreichbare Ansprechstellen für Menschen, die digitale Angebote nicht oder noch nicht nutzen können.

Wir werden die städtischen Vergabeverfahren vereinfachen und strukturell so ausrichten, dass sie praxistauglich, rechtssicher und effizient sind. Eine Wiedereinführung abgeschaffter kommunaler Vergabekriterien durch eine städtische Vergabesatzung schließen wir aus.

Zudem wird auf moderne Bau- und Projektumsetzung innerhalb der Stadtverwaltung gesetzt. Insbesondere sehen wir in der Systembauweise eine Chance, städtische Bauprojekte wirtschaftlich und zügig zu realisieren. Damit verbinden wir den Anspruch, Standards und Prozesse so zu gestalten, dass Qualität, Nachhaltigkeit und Umsetzbarkeit zusammenkommen.

Die städtische Bürger-App wird als zentraler Zugang zu digitalen Services weiterentwickelt. Funktionserweiterungen sollen sich an realen Bedarfen orientieren und den Zugang zu Verwaltungsleistungen, Informationen und Terminen vereinfachen. Wo

möglich, sollen digitale Angebote gebündelt, einheitlich nutzbar und für unterschiedliche Zielgruppen gut verständlich gestaltet werden.

Für bürgernahe Serviceprozesse werden wir digitale Termin- und Antragsmöglichkeiten ausbauen. Dies gilt insbesondere für publikumsintensive Bereiche, bei der digitale Terminangebote und klare digitale Prozesse dazu beitragen, Verlässlichkeit herzustellen und den Zugang niedrigschwellig zu gestalten.

Digitale Infrastruktur und Cybersicherheit

Den Glasfaserausbau unterstützen und begleiten wir aktiv. Dabei nehmen wir unvermeidbare Einschränkungen durch Baustellen ernst und setzen auf eine vorausschauende Koordination, klare Kommunikation und die Nutzung von Synergien.

Der Ausbau moderner Mobilfunkstandards, insbesondere 5G, wird als Bestandteil digitaler Infrastruktur gestärkt und in geeigneten Verfahren unterstützt. Dabei sollen Versorgungslücken geschlossen, Planungen beschleunigt und die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern angemessen berücksichtigt werden.

Wir werden die Cybersicherheit der digitalen Stadtverwaltung, städtischer Infrastruktur und der Beteiligungen weiter stärken. Eine verlässliche, widerstandsfähige und geschützte digitale Infrastruktur ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die wir bei der Digitalisierung stets konsequent mitbetrachten. Wir setzen dabei auf Prävention und Resilienz.

Kulturpolitik

Kommunale Kulturpolitik steht vor der Aufgabe, kulturelle Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen zu sichern, bestehende Institutionen zukunftsorientiert aufzustellen und zugleich neue Impulse zu ermöglichen. Kultur ist dabei nicht nur Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt und demokratischer Debattenkultur, sondern auch ein zentraler Standortfaktor für eine wachsende Großstadt wie Bielefeld. Attraktive kulturelle Angebote erhöhen die Lebensqualität, stärken die Identifikation mit der Stadt und wirken positiv auf Stadtentwicklung, Tourismus und Fachkräftegewinnung. Vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Ressourcen gilt es, Prioritäten zu setzen, Synergien zu nutzen und Strukturen effizient weiterzuentwickeln. Kommunale Kulturpolitik muss daher gleichermaßen Bestandspflege wie strategische Weiterentwicklung leisten. Sie erfordert verlässliche Rahmenbedingungen für Kultureinrichtungen, Kreative und Ehrenamtliche sowie eine professionelle Außendarstellung. Ziel ist es, Bielefelds kulturelles Profil zu schärfen und Kultur als verbindendes Element in allen Stadtteilen zu stärken.

Bühnen und Orchester

Wir bekennen uns ausdrücklich zum erfolgreichen und beliebten Bielefelder Stadttheater als Drei-Sparten-Haus mit seinen bestehenden Spielstätten. Damit unterstreichen wir die Bedeutung des Theaters als kulturelles Aushängeschild und als Ort künstlerischer Vielfalt und Debattenkultur.

Perspektivisch soll ein eigener Etat geschaffen werden, der ausschließlich für das Konzerthaus Rudolf-Oetker-Halle (ROH) vorgesehen ist. Ziel ist es, den Betrieb und die Programmqualität der ROH dauerhaft zu stärken. Hierfür werden wir auch die Personalausstattung einer kritischen Überprüfung unterziehen.

Kunsthalle und Museen

Ergänzend zur bereits beschlossenen energetischen Sanierung der Kunsthalle werden wir maßvoll den Ausbau der Kunsthalle vorantreiben. Damit sollen die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung dieses zentralen Ausstellungshauses und kulturellen Leuchtturms unterstützt werden. Die Suche nach geeigneten Flächen für ein Kunstdepot im Stadtgebiet von Bielefeld und Umgebung wird fortgesetzt.

Für das Naturkundemuseum (Namu) ist ein dauerhafter, neuer Standort zu finden. Ziel ist es, dem Museum eine verlässliche Perspektive zu geben und seine erfolgreichen Bildungs- und Vermittlungsarbeit nachhaltig abzusichern.

Die Gründung einer Museums-GmbH für städtische Museums-Einrichtungen wird einer Prüfung unterzogen, unter Berücksichtigung von Vergleichsmodellen anderer Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Dabei sollen organisatorische und wirtschaftliche Vor- und Nachteile sorgfältig in Abwägung kommen.

Kultur für Alle

Der Kulturentwicklungsplan der Stadt Bielefeld soll fortgeschrieben werden. Er bildet weiterhin die strategische Grundlage für eine abgestimmte und zukunftsorientierte Kulturpolitik.

Eine Umstrukturierung des Kulturamtes wird als notwendig erachtet, um die städtischen Kulturstätten stärker in der Öffentlichkeit zu positionieren und zusätzliche Sponsoren zu gewinnen. Ein gezieltes und vereintes Kulturmarketing muss die Außenwirkung der Kulturstätten künftig wirksamer unterstützen. Dadurch sollen Reichweite, Sichtbarkeit und Attraktivität der vielfältigen Angebote insgesamt gesteigert werden.

Das Kulturmarketing in den Stadtbezirken soll individuell gestärkt werden. Zudem ist eine Entbürokratisierung notwendig, damit beispielsweise Theatergruppen Schulen im jeweiligen Stadtbezirk mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand nutzen können. Ziel ist es, kulturelle Angebote wohnortnah zu ermöglichen und bestehende Ressourcen besser zu nutzen, insbesondere die in den Stadtbezirken vorhandene Kunst im öffentlichen Raum zu wahren und zu pflegen.

Kulturelle Angebote für einkommensschwache Familien sind von besonderer Bedeutung und werden über Leistungen aus Bildung und Teilhabe (BuT) finanziert. Die bestehenden Angebote sollen besser beworben und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sichtbarer gemacht werden, um ihre Inanspruchnahme zu erhöhen.

Die Erinnerungs- und Gedenkkultur in unserer Stadt und den Stadtbezirken, insbesondere in Bezug auf das Stalag 326, hat einen besonderen Stellenwert und wird als wichtig und unterstützenswert erachtet. Sie ist ein zentraler Bestandteil der historischen Verantwortung der Stadt, insbesondere in Zeiten, in denen die Geschichtsschreibung vom rechten Rand beeinflusst wird.

Bielefelder Kulturszene

Das erfolgreiche Tanzfestival soll weiterhin unterstützend gefördert werden, sofern eine Förderung durch die Landesregierung auch künftig ausbleibt. Damit wird die Kontinuität eines etablierten und überregional wahrgenommenen Formats gesichert.

Das Kulturhaus Ostblock leistet einen unschätzbaran Beitrag zur freien Szene und zur kulturellen Vielfalt in der Stadt. Dieses gilt es unbedingt zu erhalten. Da die Stadt nicht Eigentümerin des Gebäudes ist, werden alle bestehenden Kontakte zum Eigentümer, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, genutzt, um das Kulturhaus am jetzigen Standort halten zu können. Die Stadtverwaltung und die Politik verstehen sich hier als Ermöglicher.

In allen Stadtbezirken der Stadt Bielefeld soll es weiterhin legale Graffitiflächen geben. Eine Weiterentwicklung dieses Angebots wird angestrebt. Damit wird urbaner Kultur Raum gegeben und zugleich ein geordneter Rahmen geschaffen.

Sport und Ehrenamt

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger würde Bielefeld nicht funktionieren. Ob im Sportverein, der Jugendarbeit, in sozialen Projekten, bei der Feuerwehr oder in kirchlichen Initiativen: Menschen die ihre Zeit, Kraft und Ideen für das Gemeinwohl einsetzen, verdienen Dank und Anerkennung. Wir haben großen Respekt vor dem uneigen-nützigen Einsatz und setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt spürbar verbessert werden. Der Sport ist ein verbindendes Element der Stadtgesellschaft und dazu noch ein wichtiger Gesundheitsfaktor. Er vermittelt darüber hinaus Werte, die zentral für das Miteinander in unserer Stadt sind. In Bielefeld gibt es über 250 Sportvereine mit fast 90.000 Mitgliedern, hinzu kommen inzwischen zahlreiche Menschen, die sich außerhalb von Vereinen sportlich betätigen.

Mietverträge und Sportstättenvergabe

Dort wo Vereine und Ehrenamtliche Mieter des Immobilienservicebetriebes sind, wollen wir die Grundlage ihrer Arbeit durch langfristige Mitverträge sichern. Ziel ist es, Vereinen und Ehrenamtlichen stabile Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie ihre Angebote zuverlässig planen und durchführen können.

Die Vergabe städtischer Sportstätten an Vereine soll transparenter und digitaler ge-
staltet werden. Zudem wird die Nutzung von Sporthallen in den Ferien flexibler er-
möglicht, um Freizeit- und Vereinsangebote zu verbessern.

Bielefeld in Bewegung

Wir wollen den Sportentwicklungsplan forschreiben, um Sporthallenkapazitäten und Sportgelegenheiten bedarfsgerecht weiter auszubauen. Damit erhöhen wir die Ver-
fügbarkeit von Hallen und Sportplatzkapazitäten langfristig.

Der Stadtsportbund ist ein unverzichtbarer Partner. Wir wollen, dass er zukünftig seine Servicerolle noch aktiver wahrnehmen kann.

Leistungssport ist Teil der sportlichen Identität Bielefelds und soll weiterhin gezielt unterstützt werden. Die Förderung beginnt frühzeitig in Schulen und setzt sich in Zu-
sammenarbeit mit den Vereinen fort.

Wir bekennen uns klar zu inklusiven Sportangeboten. Auch künftig stellen wir sicher, dass ausreichend Sportangebote für Menschen mit Behinderung bereitgestellt wer-
den. Unser gemeinsames Ziel ist es, allen Bielefelderinnen und Bielefeldern gleicher-
maßen den Zugang zu Sportangeboten zu ermöglichen. Nur so können wir gleichbe-
rechtigte Teilhabe an Sportangeboten sicherstellen.

Wir unterstützen Trendsportarten wie 3x3 Basketball und weitere neue Angebote, um die Attraktivität des Sports zu erhöhen.

Schwimmen

Wir wollen mehr Schwimmzeiten und zusätzliche Schwimmkurse ermöglichen. Die Schwimmassistentenausbildung wird fortgeführt, um dauerhaft ausreichend qualifiziertes Personal sicherzustellen. Darüber hinaus sollen die beiden Schulschwimmbäder auch außerhalb der Schulzeiten für Vereine und Schwimmkurse zur Verfügung gestellt werden.

Ehrenamtskoordination und Ehrenamtskarte

Um das Ehrenamt sichtbarer zu machen, zu unterstützen und um bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir im Rathaus die Position eines/einer Ehrenamtskoordinators/Ehrenamtskoordinatorin einrichten. Diese Stelle fungiert als zentrale Anlauf- und Servicestelle und wird sich um die Anliegen der Vereine und Ehrenamtlichen kümmern.

Die Ehrenamtskarten soll in der Außendarstellung besser beworben werden. Die Karte bietet konkrete Vorteile für die Ehrenamtlichen. In Zukunft sollen die damit verbundenen Angebote und Leistungen weiter ausgebaut werden. So wird das Ehrenamt gefördert und das Engagement in unserer Stadt angemessen gewürdigt.

Umwelt, Klima und Ressourcen

Bielefeld ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität und einem attraktiven Lebensraum, dank ihrer Lage am Teutoburger Wald und einer großen Vielzahl von Grünflächen- und Parkanlagen. Wir werden dafür sorgen, dass Bielefeld auch in Zukunft eine grüne und saubere Stadt mit frischer Luft und guter Wasserqualität für alle Menschen bleibt, die hier leben. Dabei sollen ökologische Ziele, soziale Aspekte und wirtschaftliche Machbarkeit zusammen gedacht werden. Klimaschutz, Klimaanpassung und Ressourcenschutz werden wir nicht isoliert betrachtet, sondern als Querschnittsaufgabe in Stadtentwicklung, Infrastruktur und kommunalem Handeln verankern.

Klimaschutz und -anpassung

Wir stehen weiterhin zum Ziel der Klimaneutralität. Wir werden das bundesweite Klimaneutralitätsziel 2045 übernehmen und darauf hinarbeiten, dass wir dieses schneller erreichen. Dazu überprüfen wir regelmäßig, welchen Beitrag wir als Kommune effizient leisten können.

Der Klimabeirat bleibt als beratendes Gremium erhalten und begleitet die kommunale Klimapolitik fachlich. Das aktuell dem Klimabeirat zur Verfügung gestellte jährliche Budget nutzen wir für niedrigschwellige Klimaschutzmaßnahmen, um auch Menschen mit geringem Einkommen in die Lage zu versetzen, Klimaschutz zu betreiben, wie z. B. die Förderung von Balkonkraftwerken. Wir unterstützen die niedrigschwellige Energieberatung für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger.

Bei Bau- und Entwicklungsmaßnahmen werden wir uns für Klimaanpassungsmaßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen oder Blühflächen einsetzen. Wir entwickeln unsere Stadt nach dem Schwammstadtprinzip weiter und stärken den natürlichen Wasserhaushalt. Hierzu werden Maßnahmen zur Entsieglung, Versickerung und Verbesserung der Regenwassernutzung ausgebaut.

Energie und Gebäude

Die energetische Sanierung kommunaler Gebäude treiben wir systematisch voran mit einem Fokus auf einen schnellen Umstieg auf klimaneutrale Energieversorgung. Die Sanierung von Gebäuden werden wir größtenteils dem Neubau vorziehen, um durch Fördermittel zur Sanierung den Haushalt zu entlasten. Wir überarbeiten das städtische Bauprogramm.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass an städtischen Immobilien und Liegenschaften Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie sichere Abstellanlagen für Fahrräder ausgebaut werden. Das alles setzt eine auskömmliche Ausstattung und stärkere Digitalisierung des Immobilienservicebetriebes voraus, für die wir uns einsetzen werden.

Das Programm zum Ausbau von PV-Anlagen auf städtischen Dächern werden wir beschleunigen. Wir ermöglichen Freiflächen-Photovoltaik dort, wo keine

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Nutzungskonflikte mit Wohnen, Gewerbe oder Naturschutz bestehen. Die Energiewende wollen wir aktiv auf lokaler Ebene vorantreiben. Wir werden Flächen für Windenergie prüfen und ausweisen, sofern sie hinsichtlich einer Interessenabwägung geeignet sind.

Den Ausbau von Wärmenetzen durch die Stadtwerke werden wir unterstützen, um den Umstieg auf klimafreundliche Wärmeversorgung voranzubringen. Dazu gehört die Nutzung der Landes- und Bundesfördermittel und die Nutzung eines Anschluss- und Benutzungszwanges, wo er für eine wirtschaftliche Umsetzung nötig ist. Die Potentiale für die Nutzung von Geothermie als Wärmequelle sind in Bielefeld gegeben. Wir wollen gemeinsam mit den Stadtwerken die Nutzung für Pilotprojekte prüfen und voranbringen.

Naturschutz

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Bielefeld ihrer Verantwortung nachkommt, Bäume nachzupflanzen und zusätzliche neue Anpflanzungen vorzunehmen, insbesondere auch mit Blick auf den Hitzeschutz in der Stadt. Ein Förderprogramm zur Pflanzung wird geprüft. Wir setzen uns dafür ein, dass das beschlossene Naturwaldkonzept auf städtischen Waldflächen umgesetzt wird. Das Naturwaldkonzept ist die Grundlage für die Widerstandsfähigkeit des Waldes und führt zu einer spürbaren Verbesserung des Stadtklimas. Wir werden die bestehende Baumschutzsatzung abschaffen. Wir legen den Schwerpunkt auf Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist, notwendige Entwicklungsvorhaben nicht unnötig zu verzögern, zugleich aber weiterhin nachvollziehbare Regeln zum Schutz und zum Ersatz stadtprägender Bäume zu gewährleisten.

Als einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Naturschutz wollen wir die Insekten- und Artenvielfalt erhalten und erhöhen. Die bestehenden Programme wie „Bielefeld blüht auf“ werden nicht nur fortgeführt, sondern aufgewertet und wo es möglich ist, erweitert.

Wir wollen die Qualität unserer Bielefelder Gewässer verbessern. Die Einführung der vierten Klärstufe wird bei der Abwasserbehandlung umgesetzt. Wir unterstützen die bereits begonnene umweltfreundliche Verbrennung von Klärschlamm einschließlich der Rückgewinnung von Phosphor.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien verfolgen wir weiterhin konsequent. Des Weiteren setzen wir uns für einen verbesserten Hochwasserschutz ein.

Wir werden uns für die weitere Freilegung der Lutter einsetzen, nicht nur zur Verbesserung der Naherholung sondern als Beitrag zur ökologischen Aufwertung des Stadtraums.

Die Johannisbachaue werden wir als natürlichen und schützenswerten Nacherholungsort erhalten. Bei den zukünftig geplanten Infrastrukturvorhaben werden wir darauf achten, die Eingriffe in die Johannisbachaue so gering wie möglich zu halten.

Gemeinsam für Zusammenhalt und Fortschritt

Wir setzen uns dafür ein, dass die landwirtschaftlichen Betriebe im Stadtgebiet als Arbeitgeber und zuverlässiger Lieferant regionaler Lebensmittel und wichtiger Partner bei Umwelt- und Klimaschutz unterstützt werden.

Tierpark Olderdissen

Den Tierpark Olderdissen werden wir als ein wichtiges Bielefelder Naherholungs- und Bildungsangebot erhalten und weiterentwickeln mit mehr Barrierefreiheit und Angeboten für Kinder. Der Besuch des Tierparks bleibt kostenfrei.

Herausgeber

CDU Bielefeld

Walther-Rathenau-Str. 35
33602 Bielefeld

Telefon: 0521 / 52087-0

E-Mail: info@cdu-bielefeld.de

Web: cdu-bielefeld.de

Facebook: facebook.com/cdu.bielefeld

Instagram: instagram.com/cdubielefeld/

SPD Bielefeld

Arndtstraße 6-8
33602 Bielefeld

Telefon.: 0521 / 740186-0

E-Mail: ub.bielefeld@spd.de

Web: spd-bielefeld.de

Facebook: facebook.com/SPDBielefeld/

Instagram: instagram.com/spd_bielefeld/

